Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Amtsblatt

Postscheckkonto: Leipzig 21506. Girokasse Riesa Nr. 55.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

№ 153. Montag, 7. Juli 1919, abends. 72. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Postschalter vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich 1.60 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (7 Silben) 40 Pf., Ortspreis 35 Pf.; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 20 Pf. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierzehntägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: F. Teichgräber, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Verordnung

betr. Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung von Heu, Stroh und Häcksel.

I. Nachdem durch Verordnung des Reichsernährungsministeriums vom 26. 6. 1919 (R.-G.-Bl. S. 618) die Verordnungen über den Verkehr mit Heu aus der Ernte 1918 vom 1. Mai 1918 (R.-G.-Bl. S. 368), über die Preise für Heu aus der Ernte 1918 vom 24. Mai 1918 (R.-G.-Bl. S. 421), über den Verkehr mit Stroh und Häcksel aus der Ernte 1918 vom 12. August 1918 (R.-G.-Bl. S. 1078), über die Preise für Stroh und Häcksel aus der Ernte 1918 vom 6. Juni 1918 (R.-G.-Bl. S. 475) und über die Preise für Stroh und Häcksel aus der Ernte 1918 vom 28. Juni 1918 (R.-G.-Bl. S. 721) aufgehoben worden sind, werden die nachstehenden sächsischen Verordnungen des Ministeriums des Innern, vorbehaltlich der Vorschrift unter II, mit dem 1. Juli 1919 aufgehoben:

Verordnung vom 5. Juni 1918 (Sächs. Staatszeitung vom 7. 6. 1918), betr. Heuausfuhrverbot,

Verordnung vom 11. 6. 1918 (Sächs. Staatszeitung vom 13. 6. 1918), betr. Heubeschlagnahme,

Ausführungsverordnung vom 29. 6. 1918 (Sächs. Staatszeitung Nr. 152 vom 3. 7. 1918) zu den Verordnungen des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamts über den Verkehr mit Heu und die Preise von Heu aus der Ernte 1918,

Ausführungsverordnung vom 9. 7. 1918 (Sächs. Staatszeitung Nr. 164 vom 17. 7. 1918) zu der Bundesratsverordnung über den Verkehr mit Stroh und Häcksel und die Preise für Stroh und Häcksel aus der Ernte 1918.

II. Für die Entscheidung von Streitigkeiten, die sich aus der Anwendung der unter I bezeichneten Verordnungen ergeben, bleiben die Schiedsgerichte (§ 3 der Ausführungsverordnung vom 29. 6. 1918; § 9 der Ausführungsverordnung vom 9. 7. 1918) zuständig.

Dresden, den 3. Juli 1919. 532 VF

Wirtschafts-Ministerium. 7347

Das **Arbeitsministerium, Landeskohlenamt,** hat Fernsprechanschluß unter Nr. 17117 und 19029 erhalten.

Dresden, den 5. Juli 1919. 20 A

Arbeitsministerium. 7352

Verkaufspreise für holländische Gurken.

Die Kleinverkaufspreise für die demnächst zum Verkauf gelangenden holländischen Gurken werden wie folgt festgesetzt:

Sorte 1 Mk. 2.15 für das Stück
Sorte 2 Mk. 1.90 für das Stück
Sorte 3 Mk. 1.50 für das Stück.

Diese Preise sind Höchstpreise im Sinne des Höchstpreisgesetzes. Wer die Höchstpreise überschreitet, wird mit Gefängnis bis zu 1 Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Großenhain, am 5. Juli 1919.

174 d VI. **Der Kommunalverband.**

Ausländische Lebensmittel.

Der Preis für die ausländischen Lebensmittel ist herabgesetzt worden.
Der Verkaufspreis wird bei den nächsten Verteilungen voraussichtlich betragen:

bei Mehl: —.85 M.
bei Fleisch: 5.— „
bei Speck: 4.50 „
bei Speisefett: 5.50 „
} für das Pfund.

Die Klasseneinteilung kommt in Wegfall.

Mit Rücksicht hierauf wird denjenigen, die wegen der hohen Preise bisher auf den Bezug der Auslandslebensmittel verzichtet haben, anheimgegeben, wenn sie künftig diese Lebensmittel beziehen wollen, die Anmeldung **sofort und längstens bis zum Mittwoch, den 9. laufenden Monats** bei den Fleischern bezw. Kleinhändlern zu bewirken.

Die Fleischer haben diese Nachmeldungen **sofort und längstens bis zum 11. laufenden Monats** an den Kommunalverband, die Kleinhändler die Nachmeldungen für Mehl und Speisefett bis zu demselben Tage an Herrn Kommissionsrat Ernst Bilke in Riesa einzusenden.

Später eingehende Nachmeldungen können nicht beliefert werden.

Großenhain, am 5. Juli 1919.

988 o III. **Der Kommunalverband.**

Abgabe von Zucker an Minderbemittelte zu herabgesetzten Preisen.

Der minderbemittelten Bevölkerung in der Stadt Radeburg sowie in den Landgemeinden des Bezirks soll für **jedes** auf den **vom 9. bis 29. Juli 1919** gültigen Abschnitt der Zuckerkarte Reihe 13 erworbene Pfund Zucker der Betrag von **40 Pf.** gewährt werden.

Als minderbemittelt sind lediglich anzusehen:

Personen ohne Kinder mit einem Einkommen bis zu 1500 Mk.,
Personen mit 1 Kind mit einem Einkommen bis zu 1625 Mk.,
Personen mit 2 Kindern mit einem Einkommen bis zu 1750 Mk.,
Personen mit 3 Kindern mit einem Einkommen bis zu 1875 Mk.,
Personen mit 4 Kindern mit einem Einkommen bis zu 2000 Mk.,
Personen mit 5 Kindern mit einem Einkommen bis zu 2150 Mk.,
Personen mit 6 Kindern mit einem Einkommen bis zu 2250 Mk.,
Personen mit 7 Kindern mit einem Einkommen bis zu 2375 Mk.,
Personen mit 8 Kindern mit einem Einkommen bis zu 2500 Mk.

Jeder Haushaltungsvorstand, der nach seinem Einkommen in eine der vorangeführten Klassen fällt, kann soviel Pfund Zucker zu einem um 40 Pf. billigeren Preise gegen Abgabe des für die Zeit vom 9. bis 29. Juli 1919 laufenden Abschnittes der Zuckerkarte Reihe 13 beziehen, als er Zuckerkarten für sich und die von ihm zu beköstigenden Personen zur Verfügung hat.

Dienstboten und Gesinde, sowie sonstige alleinstehende Personen, die von **einem** Haushaltungsvorstand voll beköstigt werden, der nicht als minderbemittelt nach den obenangeführten Klassen anzusehen ist, **haben keinen Anspruch auf diese Vergünstigung.**

Die Entnahme hat **bis spätestens den 20. lfd. Mts.** zu erfolgen.

Wer von der Vergünstigung Gebrauch machen will, hat sich vorher bei der Gemeindebehörde seines Wohnortes den vom 9. bis 29. Juli 1919 laufenden Abschnitt der Zuckerkarte Reihe 13 auf der Rückseite mit dem Gemeindestempel abstempeln zu lassen.

Die Verkaufsstellen wollen auf die so abgestempelten auf die Zeit vom 9. bis 29. Juli 1919 lautenden Abschnitte der Zuckerkarte Reihe 13 den Zucker um 40 Pf. pro Pfund billiger verabfolgen, die abgestempelten Abschnitte sammeln und der Gemeindebehörde vorlegen, die über die Zahl der abgelieferten Abschnitte eine Bescheinigung auszustellen hat.

Die Bescheinigungen haben die Geschäftsinhaber der Amtshauptmannschaft **bis spätestens den 25. laufenden Monats** einzusenden. Auf Grund derselben wird der Preisunterschied von 40 Pf. für jeden abgestempelten Abschnitt erstattet werden.

Hierbei wird darauf hingewiesen, daß diese Frist unbedingt einzuhalten ist, da nach diesem Zeitpunkte eingehende Bescheinigungen nicht mehr berücksichtigt werden können.

Großenhain am 4. Juli 1919.

III **Die Amtshauptmannschaft.**

Freitag, den 11. Juli 1919, nachmittags 1/4 4 Uhr
wird im Sitzungssaale der unterzeichneten Amtshauptmannschaft

öffentliche Bezirksausschußsitzung

abgehalten.

Großenhain, am 7. Juli 1919.

A. **Die Amtshauptmannschaft.**

Pferdefleisch-Verkauf bei Herrn Albert Mehlhorn

Dienstag, den 8. Juli, vormittags von 8—9 Uhr auf die Nrn. 576—650 der **weißen** Ausweiskarte.

Gröba (Elbe), am 7. Juli 1919. **Der Gemeindevorstand.**

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 7. Juli 1919.

—* **Kirchliche Landestrauer.** Der Trauergottesdienst, der gestern vormittag nach Anordnung des Evangelisch-lutherischen Landeskonsistoriums in der Trinitatiskirche abgehalten wurde, wies eine zahlreiche, andächtige Gemeinde auf, die sich der Schwere des Trauertages wohl bewußt war. Nach dem Gesange des Eingangsliedes 192 verlas Herr Pastor Luthardt eine Ansprache des Landeskonsistoriums des Inhalts, daß das deutsche Vaterland, das aus tausend Wunden blute, nicht verzagen brauche und sich in treuer Arbeit und fester Einigkeit seines Volkes mit Gottes Hilfe wieder aufrichten werde. Ein entsprechender Gesang des Kirchenchores war der ernsten Stimmung angepaßt. Herr Pastor Beck hielt seine auf Psalm 25, 16—20 begründete erhebende Predigt, die der Gemeinde die tiefe Erniedrigung des deutschen Volks durch den schmachvollen Frieden ins Gewissen rief, aber auch zum wahren Gottesglauben, als dem alleinigen Helfer aus allen Nöten vertrauensvoll aufblicken ließ. Wie die Predigt, so hinterließ auch das anschließende allgemeine Kirchengebet einen tiefen Eindruck auf die andächtige Gemeinde.

—* **Meisterprüfungen.** Die Meisterprüfung nach § 133 der Gewerbeordnung haben vor den im Bezirke der Gewerbekammer Dresden bestehenden Prüfungskommissionen im Juni 1919 abgelegt und bestanden: Vor der Prüfungskommission für Putzmacher: Ida verehel. Malecki und Martha led. Schier in Riesa; für Schiefer- und Ziegeldecker: Oskar Geyer in Riesa; für Schlosser: Max Wünsche in Riesa; für Wagner und Stellmacher: Oskar Möbius in Riesa.

—* **Sommerfahrplan der Sächsischen Staatseisenbahnen.** Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, wird im Bereich der Sächsischen Staatseisenbahnen am 9. Juli ds. Js. der Sommerfahrplan eingeführt werden, allerdings nicht im vollen Umfange, weil das der Stand der Kohlenversorgung leider nicht gestattet. Trotz der notwendigen Einschränkungen, über welche die Anschläge auf den Stationen und Nachträge zum Kursbuch Aufschluß geben, wird der Sommerfahrplan gleichwohl erhebliche Verbesserungen bringen, ohne den Kohlenverbrauch wesentlich zu erhöhen. Der jetzt auf den Hauptlinien bestehende Reiseerlaubnisscheinzwang muß nach Einführung des neuen Fahrplanes wenigstens vorläufig noch beibehalten werden, weil sonst bei dem bevorstehenden Ferienbeginn ähnliche Verhältnisse zu erwarten wären, wie sie seinerzeit zur Einführung des Erlaubnisscheinzwanges geführt haben. Es ist aber dafür Sorge getragen worden, daß Erholungsbedürftige, die mit ihren Angehörigen einen Sommeraufenthalt von mindestens einer Woche auf dem Lande nehmen wollen, für diesen die Erlaubnis zur einmaligen Hin- und Rückreise ohne Schwierigkeiten erhalten. Bei Reichs-, Staats- und Gemeindeangestellten einschließlich der Geistlichen und Lehrer genügt hierzu eine Bescheinigung der vorgesetzten Behörde, aus der die Dauer des Urlaubs, der Ort des gewählten Sommeraufenthaltes und die Zahl der mitreisenden Angehörigen zu ersehen sind, bei Privatangestellten und Arbeitern eine gleiche vom Arbeitgeber ausgestellte und von der zuständigen Handels- oder Gewerbekammer beglaubigte Bescheinigung, ohne daß in diesen Fällen ein ärztliches Zeugnis gefordert wird.

—* **Sächsischer Militär-Vereins-Bund.** Der Sächsische Militär-Vereins-Bund hielt gestern seine 46. ordentliche Bundesversammlung ab. Der Präsident, Generaloberst d'Elsa, gedachte zuerst des unvergeßlichen Schutzherrn des Bundes, des Königs, der nur wenige Tage nach seinem Abschiede dem Bunde seine fortdauernde Treue habe versichern lassen. Die Versammlung beschloß einstimmig die Absendung eines Ergebenheitstelegrammes. Exzellenz d'Elsa begrüßte dann die Erschienenen, zumal die Ehrenmitglieder, und forderte die Versammelten auf, das Gedächtnis der Gefallenen durch Erheben von den Plätzen zu ehren. — Noch vor einem Jahre sei man voll froher Zuversicht zusammengekommen, heute seien Fürstentum und Heer gebrochen, die Versammlung sei eine Trauerversammlung. Wehe dem Volke, das seine Waffen ausliefert im Vertrauen auf Weltfrieden, Völkerbund und Gerechtigkeit! Lassen wir uns aber die Zuversicht nicht nehmen, wieder aufzubauen; auch der Bund ist berufen, dabei mitzuwirken, unter grundsätzlicher Anpassung an die neue Staatsordnung. Der Kriegsfürsorge und dem Kriegerdank wird wie bisher seine Arbeit besonders dienen; er will führend teilnehmen an der Verbesserung der Lage der Kriegsbeschädigten. Hilfsbereit und tätig im öffentlichen Leben, will er Gefangenen- und Jugendfürsorge betreiben und den Ausbau der Einwohnerwehren unterstützen. Allerorts soll man auf die Militär-Vereine zählen können, deren Wirken getragen sein wird von Treue zum Deutschtum, von Liebe zu Vaterland und Volk. Wahre Kameradschaft, die Erinnerung an die großen Taten der Nation und den Glauben an die Zukunft wird man aufrechterhalten; es werden auch wieder bessere Zeiten kommen. Nach den Ausführungen des Präsidenten erstattete Herr Schriftführer Hultzsch den Jahresbericht. Die Zahl der angeschlossenen Militärvereine ist im vergangenen Jahre von 1768 auf 1760, die der Mitglieder von 191 905 auf 188 817 zurückgegangen. Für Unterstützungen verausgabte der Bund weit über 500 000 Mk.; damit ist seit dem Bestehen der Vereine eine Summe von 15 Millionen für derartige Zwecke aufgewendet worden. Auf der Dippoldishöhe wurde das Erholungsheim Windischhaus für bedürftige Teilnehmer am Weltkriege eröffnet. Der Kassenbericht lag den Anwesenden gedruckt vor. Gegen die Friedensjahre sind die Einnahmen des Bundes um mehr als 10 000 Mk. gesunken, die Ausgaben wesentlich gestiegen. Der Versammlung lagen dann zwei Anträge vor, nach denen von dem Bundesbezirk Zwickau ein neuer Bezirk Werdau, und von dem Bezirk Dippoldiswalde ein Bezirk Oberes Müglitztal abgetrennt werden sollen. Beiden Anträgen wurde zugestimmt. Die Satzungen für die Windisch-Stiftung fanden mit unwesentlichen Aenderungen Annahme. Die Zinsen der Sachsen-Stiftung dienten bisher dem Zweck, gedienten stellungslosen Soldaten kostenlose Arbeit zu vermitteln; man wird sie von nun an für kriegsbeschädigte Bundesmitglieder aufwenden. Von den Behörden als eine Organisation der Kriegsbeschädigtenfürsorge anerkannt, hat der Militärvereinsbund nachdrücklich und wirksam bei den zuständigen Stellen für die Kameraden aus dem Weltkriege sowohl als auch aus früheren Kriegen gearbeitet. Seine Leistungen sind bei weitem noch nicht genügend bekannt und anerkannt. Die anschließenden Ergänzungswahlen fielen, den Vorschlägen entsprechend, auf die Kameraden Kühn (Vizepräsident), Zehmisch (stellv. Schatzmeister), Pfund, Doehler, Dr. Meding und Schultze; in das Präsidium tritt Kamerad Wegner neu ein. Die Bundesversammlungen sollen in Zukunft wieder in der Reihenfolge von früher abgehalten werden; für 1920 ist Zittau vorgesehen. Es folgte dann noch eine kurze Aussprache über Heldenehrungen, die der Bund plant, und Exzellenz d'Elsa berichtet über den Kyffhäuserbund. Um 2 Uhr schloß die Sitzung. (Dr. N.)

—* **Mehr oberschlesische Kohle für Sachsen.** In letzter Zeit sind aus der Industrie, besonders von Gaswerken, Klagen laut geworden, daß durch die infolge des Streiks der Eisenbahner in Schlesien eingetretenen Sperren und Verkehrsbehinderungen eine regelmäßige Belieferung mit oberschlesischer Kohle unmöglich geworden sei, und daß deshalb täglich mit der Stillegung der Betriebe gerechnet werden müsse. Die Regierung ist daraufhin sofort beim Ministerium der öffentlichen Arbeiten in Berlin vorstellig geworden. Das preußische Ministerium der öffentlichen Ar-

SLUB
Wir führen Wissen.

[illegible] daß die [illegible] [illegible] zu haben. [illegible]

—* [illegible] aus England. [illegible] in London eine große Anzahl von [illegible] lagert, die an deutsche Kriegsgefangene [illegible] waren, und deutsches Geld in Form von deutschen Banknoten enthalten. Die Empfänger der Gelder haben die Annahme verweigert, da in den Kantinen deutsches Geld nicht angenommen wird. Eine Umwechslung der Markbeträge konnte nur in London mit einem großen Kursverlust erfolgen, sodaß unter Berücksichtigung der dadurch eintretenden Verzögerungen der Wert der Sendungen für die Kriegsgefangenen beinahe hinfällig wird. Der Landesausschuß der Vereine vom Roten Kreuz ist daher ersucht worden, die Angehörigen Kriegsgefangener, welche sich unter englischer Oberherrschaft befinden, bei [illegible] Gelegenheit auf diesen Umstand hinzuweisen und vor der Uebersendung des baren Geldes in Briefen dringend zu warnen.

—* Der Verband Sächsischer Industrieller zum Friedensschluß. In der am 2. Juli ds. Js. abgehaltenen Gesamtvorstandssitzung fand nach einer Ansprache des Vorsitzenden, Otto Moras, eine Erörterung der durch die Annahme des Friedensvertrages geschaffenen Situation und der Zukunftsaussichten für die sächsische Industrie statt. Der Vorstand stimmte den Ausführungen seines Vorsitzenden zu, daß, wenn der nunmehrige Friedensschluß auch eine gewisse Klärung gebracht habe, man doch nicht die furchtbaren Wirkungen, die dieser Friedensvertrag namentlich auf Handel und Industrie ausüben werde, übersehen könne. Für die Industrie bedeute die Annahme des Friedensvertrages eine ungeheure, in vielen Fällen wahrscheinlich überhaupt unerträgliche Belastung, auch stehe die Industrie alle ihre Hoffnungen, in absehbarer Zeit wieder als gleichwertiger Faktor auf dem Weltmarkte zu erscheinen, mit diesem Friedensvertrage völlig vernichtet. Selbst die geringen, in den deutschen Gegenvorschlägen enthaltenen Erleichterungen sind von der Entente abgelehnt worden. Die Hoffnung, daß durch spätere Revision des Vertrages die von der Industrie unbedingt zu fordernde Betätigungsfreiheit und Selbständigkeit auf dem Weltmarkte in finanzieller Hinsicht erreicht werden könnte, teilt der Verband nicht. Wenn auch viele Industrielle gegenwärtig niedergedrückt und verärgert sind, so hält der Verband es doch für seine Pflicht, darauf hinzuweisen, daß die sächsische Industrie zu tätiger Mitarbeit bei dem nun beginnenden Wiederaufbau Deutschlands bereit ist. Die sächsische Industrie muß und wird, wie zahlreiche Zuschriften an den Verband beweisen, im zähen Kampf gegen die sich turmhoch auftürmenden Schwierigkeiten ihren Mann stehen, als Vorbedingung aber muß sie unbedingt verlangen, daß alle von ihr als unnötig bezeichneten zwangswirtschaftlichen Maßnahmen beseitigt werden, und daß die Bahn für die freie Betätigung des Unternehmergeistes, der Unternehmungslust, der Initiative, der Wiederanknüpfung der Beziehungen mit dem Auslande unverzüglich eröffnet wird. Auch sei die Hoffnung auszusprechen, daß es den besonnenen Kreisen der Angestellten und Arbeiterschaft gelingen möge, die in ihren Reihen eingerissene Disziplinlosigkeit, die in sinnlosen, das Wirtschaftsleben schwer schädigenden Streiks ihren Ausdruck findet, erfolgreich zu bekämpfen, um in gemeinsamer Tätigkeit unter Sammlung aller Kräfte den Wiederaufbau des tieferschöpften, in dieser Richtung, namentlich soweit die Kohlenversorgung in Frage kommt, zusammengebrochenen Wirtschaftslebens zu beginnen.

—* Zur Verbilligung der Lebensmittel. Vom Rat der Stadt Dresden wird folgendes mitgeteilt: Die Kosten der Senkung der Lebensmittelpreise, die etwa 1¼ Milliarden Mark betragen werden, sollen nach einer Verfügung des Reichsernährungsministeriums an die Regierungen sämtlicher Einzelstaaten zu je einem Drittel vom Reiche, den Einzelstaaten und den Kommunalverbänden getragen werden. Der Beitrag der Kommunalverbände wird vom Reiche in der Weise eingezogen, daß ihnen der Betrag auf ihre Forderungen für die vorschußweise für das Reich gezahlten Familienunterstützungen in Anrechnung gebracht wird. Die Kommunalverbände würden aber nach dieser Verfügung in gleicher Weise auch noch mit dem auf die Einzelstaaten entfallenden Drittel belastet werden, wenn die Einzelstaaten bis zu einem bestimmten Termine ihrer Zahlungsverpflichtung nicht nachkommen. Um dieser bedenklichen Belastung der sächsischen Gemeinden vorzubeugen, hat sich der Vorsitzende des Sächsischen Gemeindetags — Oberbürgermeister Blüher — bereits am Mittwoch sofort nach Bekanntwerden der Verfügung — an das Sächsische Finanzministerium mit dem Ersuchen um Zusicherung gewandt, daß der Sächsische Staat seinen Aufwandsteil selbst tragen werde. Nach einer Mitteilung des Finanzministeriums steht dessen Genehmigung zur Uebernahme des auf den sächsischen Staat entfallenden Kostenanteil zu erwarten.

—* Postsperre nach Frankfurt a. M. Die Oberpostdirektion Dresden teilt folgendes mit: Infolge des Eisenbahnerstreiks sind die Verbindungen nach Frankfurt (Main) und dem Ober-Postdirektionsbezirk Frankfurt (Main) unterbrochen. Pakete und Wertsendungen für Frankfurt (Main) und Durchgang werden von den Postanstalten vorläufig nicht angenommen; der Briefverkehr dahin ist bis auf weiteres eingestellt.

— Erhöhung der Postgebühren. Infolge der großen Steigerung der Kosten des Postfuhr- und Bestelldienstes hat sich, wie durch WTB. gemeldet wird, die Notwendigkeit ergeben, die Gebühren für die Abtragung und Einsammlung der Postsendungen zu erhöhen. Vom 10. Juli ab werden daher folgende Gebühren erhoben werden: Für die Eilbestellung bei Vorausbezahlung durch den Absender für jede Briefsendung, Postanweisung, Zahlungsanweisung oder Wertbrief im Ortsbestellbezirk 60 Pfg., im Landbestellbezirk 1 Mark, für jedes Paket im Ortsbestellbezirk 75 Pfg., im Landbestellbezirk 1,50 Mark, für jedes Telegramm an Empfänger im Landbestellbezirk 1 Mark. Bei der gewöhnlichen Bestellung für Pakete im Ortsbestellbezirk bei den Postämtern 1. Klasse für jedes Paket bis 5 Kilogramm einschließlich 30 Pfg., für jedes schwerere Paket 40 Pfg., bei den übrigen Postanstalten (Postämtern 2. und 3. Klasse und Postagenturen) für jedes Paket bis 5 Kilogramm einschließlich 20 Pfg., für jedes schwerere Paket 30 Pfg., im Landbestellbezirk für jedes Paket bis 2½ Kilogramm einschließlich 20 Pfg., für jedes schwerere Paket 40 Pfg., für Postanweisungen, Zahlungsanweisungen bis 1500 Mark und Wertbriefe bis 1500 Mark für jede Sendung 10 Pfg., für Zahlungsanweisungen und Wertbriefe über mehr als 1500 Mark für jede Sendung 20 Pfg. Für die Einsammlung von Einschreibbriefsendungen, Postanweisungen, Zahlkarten und Wertbriefen für jede Sendung 10 Pfg., für Pakete im Ortsbestellbezirk 30 Pfg., im Landbestellbezirk bis 2½ Kilogramm einschließlich 20 Pfg. und für schwerere 40 Pfg. für jede Sendung. Außerdem wird vom 1. Oktober ab ein Zeitungsbestellgeld von monatlich 5 Pfg. für jede wöchentliche Abtragung eines Stückes erhoben.

Großenhain. In der Stadtverordnetensitzung am [illegible] erfolgte die vollständige Neuwahl des Ratskollegiums. Die Wahl hat zur Folge, daß in Zukunft das [illegible] [illegible]

[illegible] Gedenktafel [illegible] der ehemaligen Schüler [illegible]

* Döbeln. [illegible] mehr als 5000 [illegible] in einem [illegible] Saale im Hauptgebäude wurde eine Stiftungsurkunde der ehemaligen Schüler im Betrage von 10 000 Mark überreicht; 15 000 Mark sollen zur weiteren beruflichen Ausbildung abgehender Schüler und 10 000 Mark für Sport- und Spielzwecke verwendet werden. Die Stadt Döbeln stiftete 5000 Mark. Noch mehrere private Stiftungen und Geschenke konnte Rektor Prof. Dr. [illegible] für die Doppelanstalt in Empfang nehmen. Glückwünsche übermittelten u. a. Rektor Prof. Dr. Lohmann, Dresden, Annenrealgymnasium für die Standesvereinigung höherer Lehrer Sachsens, Prof. Dr. Gey für den Landes-, Realschulverein, Leipzig, Direktor Hammitzsch für die Landwirtschaftliche Schule Wurzen. Von tiefem Eindruck war die Feier der Uebergabe eines von Prof. Edwin [illegible]-Dresden entworfenen und vom Bildhauer [illegible] Müller-Dresden ausgeführten Gedenkmales für die gefallenen Schüler der Anstalt, welches von den ehemaligen Schülern gestiftet und am Haupteingang der Schule errichtet worden ist. Die zahlreichen Namen der gefallenen Helden sind in Stein gemeißelt. Am Sonnabend fand ein sehr belebter Begrüßungsabend, am Sonntag Morgenkonzert und nachmittags Künstlerkonzert unter Mitwirkung von vier Leipziger Künstlern statt. Die Stadt Döbeln war zu Ehren der Festteilnehmer und der Schule reich geschmückt.

Zwickau. Unter Teilnahme der bergbaulichen Vereine Zwickau-Lugau-Oelsnitz, des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes und des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands tagte am Sonnabend das von der Regierung einberufene Schiedsgericht zur Beilegung der Lohnstreitigkeiten im sächsischen Steinkohlenbergbau. Es bestand aus je drei Arbeitgebern und Arbeitervertretern; den Vorsitz führte Dr. Tiberius vom Reichsarbeitsministerium. Zwischen den Werkbesitzern u. den Arbeiterverbänden wurde über den Hauptstreitpunkt eine Einigung erzielt. Es werden mit Wirkung vom 1. Juli die Schichtlöhne um 70 Prozent erhöht. Auf die Gedinge erfolgen 40 Prozent Zuschlag für die Grubenarbeiter und 20 Prozent für die Tagearbeiter. Ueber eine Entschädigung für den Juni wurde ein Schiedsspruch gefällt, wonach den Arbeitergruppen für die geleistete Schicht 50, 75 und 100 Pfg. nachgezahlt werden. Der Unternehmerverband und die beiden Bergarbeiterorganisationen gaben ihre Zustimmung.

* Glauchau. Wegen Ausbleibens der Kohlenzufuhr mußte am Sonntag das Gas von 7 Uhr früh bis 8 Uhr abends gesperrt werden. — Ratenzahlungen auf die städtische Einkommensteuer werden vom Stadtrat ohne besonderen Antrag gewährt. Auf jeden der vier Steuertermine können drei Ratenzahlungen geleistet werden. Das bedeutet für die kleinen Steuerzahler eine merkliche Erleichterung.

* Plauen i. V. Vor dem hiesigen Schwurgericht begann am Freitag die für zwei Tage angesetzte Verhandlung gegen 21 Teilnehmer an dem Spartakisten-Putsch vom 24. Februar ds. Js. in Plauen, die sämtlich wegen Landfriedensbruches unter Anklage standen. In Frage kamen für diese Verhandlung der Generalstreik gegen den „Vogtl. Anzeiger“, die Plünderung des Schlachthofes und zweier Plauener Waffenhandlungen. Die Angeklagten, von denen 11 zumeist wegen Diebstahls vorbestraft sind, wurden zu Gefängnis- und Zuchthausstrafen von 5 Monaten bis 1 Jahr 9 Monaten verurteilt. Sechs Angeklagte wurden freigesprochen.

* * *

Bebra. Seit gestern ½5 Uhr nachmittags brennt die einige hundert Meter lange Güterhalle des Haupteisenbahnknotenpunktes Bebra lichterloh, mit ihr mehr als hundert Eisenbahnwagen. Fortgesetzt explodieren feuergefährliche Güter, wie Benzin, und der wehende ungünstige Wind treibt die Funken den Personenwagen zu und gefährden auch diese. Die Entstehungsursache ist noch unbekannt. Als Ursache des Güterbahnhofsbrandes wird Brandstiftung vermutet. Es haben große Ausschreitungen und Plünderungen stattgefunden. Von Kassel wurde zur Hilfe eine Kompanie der dort liegenden Marburger Jäger nach Bebra entsandt.

* Triebes. Das seltene Fest der eisernen Hochzeit feierte der hiesige Faktor Hupfer mit seiner Ehefrau. Der Jubilar war in seinen jungen Jahren vorübergehend Bürgermeister unseres Ortes und danach vier Jahrzehnte lang Mitglied des Gemeinderats.

Die Streiklage im Reiche.

Ausdehnung des Eisenbahnerstreiks.

Die Lage im Berliner Verkehrsstreik ist unverändert. Mit einer Wiederaufnahme des Straßenbahnverkehrs ist auch in den nächsten Tagen noch nicht zu rechnen. Der Eisenbahnerstreik dagegen gehört der Vergangenheit an. Auf allen Bahnhöfen und Werkstätten wird das reguläre Arbeitspensum erledigt. Dagegen scheint im Reiche der Streik der Eisenbahner immer weitere Kreise zu ziehen. Von gestern ab traten die Eisenbahner folgender Direktionsbezirke und Betriebswerkstätten neu in den vollkommenen Streik ein: Hannover, Elberfeld, Essen, Mainz, Magdeburg, Dortmund, Bielefeld, Darmstadt (60 Prozent) und voraussichtlich auch Cassel. Dadurch ist der Zugverkehr in fast ganz Westdeutschland vollständig aufgehoben. Auch auf die Küstenorte ist der Streik übergesprungen. So streiken in Hamburg und in Danzig eine große Zahl von Handelsmatrosen und von Schiffern.

Streikabbruch in Frankfurt.

Der Eisenbahnerstreik ist gestern abgebrochen worden. Der Betrieb ist Sonntag abend 10 Uhr auf allen Strecken wieder aufgenommen worden. Die Vertrauensleute der streikenden Eisenbahner hatten in zwei Sitzungen am Sonnabend und Sonntag beschlossen, den Streik abzubrechen. Dieser Beschluß wurde von einer Versammlung der Streikenden, die am Sonntagnachmittag abgehalten wurde, gutgeheißen. Wie die Redner in den Versammlungen erklärten, beharren die Arbeiter auf den Forderungen, die sie bereits seit einiger Zeit gestellt haben, insbesondere auf der Durchführung des Rätesystems im inneren Betrieb der Eisenbahn. Sie haben sich aber bereit erklärt, mit dem Minister Oeser über diese Punkte zu verhandeln. Weiter wurde erklärt, daß die Arbeiter entschlossen seien, ihre Forderungen eventuell mit einer neuen Aktion, die sich über das ganze Reich erstrecken soll, durchzusetzen. Die Arbeiter lehnen es ab, in Zukunft mit der Beamtenschaft gemeinsam vorzugehen, da die Beamten ihnen bei dem jetzt abgebrochenen Streik in den Rücken gefallen seien. In Zukunft hätten sich die Beamten den Beschlüssen der Arbeiterschaft zu fügen. S. R. W.

Auch in Darmstadt haben die Eisenbahnarbeiter gestern nachmittag beschlossen, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen.

Der Bahnhof in Wittenberge von Regierungstruppen besetzt.

In Wittenberge haben Regierungstruppen den Bahnhof besetzt und den Verkehr der Lebensmittelzüge wieder in Betrieb genommen. Die technischen Abteilungen der Regierungstruppen haben in vollem Umfange es ermög-lichen können, daß die Lebensmittelzüge am Sonntag nachmittag wieder abgehen konnten. Es war tatsächlich eine größere Anzahl Lebensmittelzüge nach Berlin auf der Strecke liegen geblieben, so daß die Lebensmittelversorgung Berlins dadurch in große Gefahr gekommen wäre. Die Eisenbahnarbeiter streiken weiter.

Der Schiedsspruch im Bankgewerbe.

Nach fünfstündiger Beratung verkündete am Sonnabend abend kurz vor 10 Uhr Dr. Wolff den Schiedsspruch, wobei er gleichzeitig erklärte, daß die Parteien bis zum 14. Juli mittags 12 Uhr dem Reichsarbeitsministerium schriftlich Mitteilung von der Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruchs zu machen hätten. Der wichtigste Punkt des Schiedsspruchs bezieht sich auf die Einkommensregelung. Der Schiedsspruch wurde von den Bankangestellten ziemlich ruhig aufgenommen. Der Vorsitzende empfahl den Parteien die Annahme des Schiedsspruches mit dem Bemerken, daß der Schlichtungsausschuß sich bemüht habe, die mittlere Linie zu finden.

Emonts geflohen.

Der erste Vorsitzende des Allg. Verbandes der deutschen Bankbeamten, der vor einigen Tagen verhaftet und nach dem Untersuchungsgefängnis übergeführt worden war, ist geflohen. Emonts wohnte mit Genehmigung der Staatsanwaltschaft der Sitzung des Schlichtungsausschusses in den Tarifverhandlungen der Banken und Bankbeamten im Reichsarbeitsministerium bei; Freitag nachmittag gegen 6 Uhr verließ er, wie schon mehrmals vorher, den Sitzungssaal. Erst nach einiger Zeit fiel es auf, daß er nicht zurückkehrte. Seine Begleiter, zwei Gerichtsdiener, durchsuchten das Haus, ohne ihn zu finden. — Von zuständiger Stelle wird noch mitgeteilt: Nach dem in den letzten Tagen bereits veröffentlichten Brief Emonts ist der Hauptteil für die ihm zur Last gelegten strafbaren Handlungen das Rheinland, insbesondere Köln. Dort und in den benachbarten Orten des Rheinlandes sind auch die Teilnehmer an seinen Handlungen zu suchen und zu verfolgen. Lediglich aus diesem Grunde ist an den ersten Staatsanwalt in Köln zunächst die Anfrage gerichtet worden, ob er bereit ist, die weitere Verfolgung des Emonts und seiner Mittäter zu übernehmen. Wegen einer Ueberführung des Emonts nach Köln ist von Berlin aus nicht das Geringste veranlaßt worden. Eine solche könnte auch nur von dem ersten Staatsanwalt in Köln erst dann angeordnet werden, nachdem er die Sache übernommen hat. In diesem Falle würde es sich aber nur um Uebergabe des Emonts von einer deutschen Behörde an eine andere deutsche Behörde handeln. Behördliche Maßnahmen, welche die Kompetenz des deutschen Richters zu Gunsten des englischen Kriegsgerichts ausschalten, d. h. also, eine Auslieferung des Emonts an die Engländer, die nach § 9 des Reichsstrafgesetzbuches ungesetzlich wäre, sind von keiner Seite in Erwägung gezogen worden. Auch seitens der Reichsregierung ist an eine Auslieferung Emonts nie gedacht worden.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Neuer Unterstaatssekretär. Gesandter von Haniel ist zum Unterstaatssekretär im auswärtigen Amt ernannt worden.

Allgemeiner deutscher Gewerkschaftsbund. Am Sonnabend genehmigte der Gewerkschaftskongreß mit großer Mehrheit nach stundenlanger Debatte die von der Vorständekonferenz aufgestellten Satzungen eines Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes. Damit ist der Bund gegründet, der an die Stelle der bisherigen Generalkommission tritt. Der Kongreß nahm sodann mit großer Mehrheit die Wahlvorschläge der Vorständekonferenz zum Bundesvorstand an. Legien wurde mit 428 Stimmen zum 1. Vorsitzenden des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes gewählt.

Polnische Uebergriffe. An der Posenschen Front dauern die polnischen Uebergriffe an. Wilhelmsbrück, östlich Kempen, erhielt Artilleriefeuer. Dort mußte auch ein größerer Patrouillenvorstoß abgewiesen werden. Nördlich Rawitsch überfielen die Polen unter Bruch des Waffenstillstandes einen unserer Posten. Drei Mann wurden von den Polen getötet und verstümmelt. Nordöstlich Bojanowo wurde eine starke polnische Streife abgeschlagen. Der Feind beschoß auch in dortiger Gegend von Rawitsch bis nördlich Lissa mehrere Ortschaften auf deutschem Gebiete mit Artilleriefeuer. Hierbei traten Verluste unter der Zivilbevölkerung ein. Seit dem 1. Juli wird östlich Lissa eine deutsche Patrouille vermißt. Eine am 2. Juli zur Feststellung ihres Verbleibes ausgesandte zweite Patrouille stieß bei Neuwelt westlich der Demarkationslinie mit einer starken polnischen Patrouille zusammen. Ein Unteroffizier und 12 Mann wurden getötet. Ein in Gefangenschaft der Polen geratener Mann wurde vor den Augen seiner Kameraden ermordet, die Leiche am nächsten Tage mit dem Bescheide ausgeliefert, daß in Zukunft jedem gefangenen Grenzschutzangehörigen dasselbe Schicksal erreichen würde. An der Netze bei Nakel und südlich Thorn fortgesetzte Patrouillenschießereien von seiten der Polen.

Eine Entente-Aktion gegen die bolschewistische Propaganda in Deutschland. Einer Pariser Information der „Morningpost“ zufolge sind die Versuche der deutschen Kommunisten, ihre Idee in die Ententeländer zu tragen, Gegenstand eingehender Beratungen der Alliierten gewesen. Das Blatt will wissen, daß die Alliierten einen diplomatischen Schritt bei der deutschen Regierung zu unternehmen gedenken, um sie zu einer Aktion gegen die revolutionäre Propaganda zu veranlassen. Die Alliierten seien entschlossen, durchgreifende Maßnahmen anzuwenden, falls es der deutschen Regierung nicht gelingen sollte, die Agitation im bolschewistischen Sinne zu verhindern.

Preußische Ministerkrise in Sicht. In Weimar sind Gerüchte von schweren Krisen innerhalb der Regierung im Umlauf. Soweit bisher erfahren werden konnte, handelt es sich dabei um den Inhalt des Artikels 18 (Neueinteilung Deutschlands), über den bekanntlich die Beratung in der Nationalversammlung ausgesetzt worden ist. Es sollen hier, wie es heißt, Unstimmigkeiten zwischen der Reichsregierung und der preußischen Regierung entstanden sein. Dazu kommt, daß man innerhalb der preußischen Regierung wegen des Kompromisses über die Kulturfrage neuerdings auf Schwierigkeiten gestoßen ist.

Eine schweizerische Aufforderung an Deutschland. Die „Basler Nationalzeitung“ richtet in ihrem Handelsteil an die Zentralbehörden des Deutschen Reiches die dringende Aufforderung, die Einfuhr nach Deutschland frei zu geben, da ja auch die Schweiz den deutschen Erzeugnissen den Eingang nicht verwehre. Das Blatt schreibt: Während wir alles tun, um den internationalen Handel auf privatwirtschaftlicher Grundlage unter natürlicher Entfaltung anzubahnen, halten die deutschen maßgebenden Instanzen starr an der Richtdurchführung des Imports fest. Alle Erleichterungen seitens unserer Behörden haben daher nur problematischen Wert, weil die Kräfte in Deutschland nach wie vor gebunden bleiben. Das deutsche Volk selbst muß die Zeche bezahlen, wenn seine Behörden die Grenzen nicht unverzüglich öffnen. Ist einmal der erste Bedarf gedeckt, so tritt automatisch die Beruhigung des Marktes und billige Preise ein. Die Aufhebung der S. S. S. und die Aufhebung der Ausfuhrverbote durch die Schweiz nützen dem deutschen Volke nichts, wenn nicht die deutsche Regierung ihrer Kaufmannschaft die gleichen Freiheiten zurückgibt.

Deutsch-Österreich.

[illegible] Plan zur [illegible] Wiens. Die „Neue Tag“ veröffentlicht nach [illegible] authentischen Dokumenten, die aus der ungarischen [illegible] in der [illegible] stammen sollen, einen ausführlichen Plan zur [illegible] Wiens durch eine kommunistische [illegible] aus Ungarn, welche über 14 000 Gewehre und [illegible] Maschinengewehre und 180 Geschütze verfügen sollte. Ein [illegible] Handgranaten und Dynamit umfassendes Depot [illegible] befand sich in der [illegible]. Es war ein genauer Plan zur Besetzung jedes einzelnen Wiener Bezirks ausgearbeitet.

Tschechoslowakei.

Regierungswechsel. In der Freitagssitzung des Ministerrates langte ein Telegramm des Ministerpräsidenten Dr. Kramarsch an, in dem er mitteilt, er habe soeben dem Präsidenten der Republik telegraphisch seine Demission überreicht. Infolgedessen beschloß die gesamte Regierung zurückzutreten. Der Präsident der Republik nahm die Demission an und berief den Wiener Bevollmächtigten der tschechoslowakischen Republik Tusar zurück, den er beauftragte, seine Anträge über die Zusammensetzung der neuen Regierung und ihr Programm vorzulegen. Tusar begab sich in die Sitzung des Präsidiums der sozialistischen Partei, das die Annahme der Tusar übertragenen Aufgabe zur Kenntnis nahm und über die politische Lage mit Rücksicht auf die Demission der gesamten Regierung verhandelte. Am Sonnabend nahm Tusar die offiziellen Verhandlungen mit den Parteien und einzelnen Personen auf. In der Dienstagssitzung der Nationalversammlung wird die neue Regierung das Gelöbnis leisten, worauf der neue Ministerpräsident seine programmatische Erklärung im Namen der Regierung abgeben wird.

Die Skodawerke in französischen Händen. Wie aus Prag berichtet wird, steht der Anschluß der Skodawerke, der bekannten Geschützfabrik des alten Oesterreich, an eine französische Kapitalgruppe, bevor. Die Anregung dazu ist von dem Direktor der Zivnostenskabanka Dr. Preiß ausgegangen, der vor mehr als Monatsfrist diesbezüglich bei der Banque Parisienne, welche mit der Kanonenfabrik Schneider-Creuzot in engen Beziehungen steht, in dieser Frage verhandelte.

Ungarn.

Wie die Blätter aus Budapest melden, haben alle Ententekommissionen am Dienstag Budapest verlassen. Es besteht keinerlei Verbindung der Alliierten mit der Räterepublik mehr. Entgegen den Abstreitungen des offiziösen Ungarischen Korrespondenz-Bureaus erklärt der aus Budapest in Wien eingetroffene italienische Militärbevollmächtigte, daß er persönlich Augenzeuge von der Erschießung von über 50 unbewaffneten Zivilisten in Budapest gewesen sei, darunter befanden sich auch Frauen.

Schweiz.

Ein deutsch-französischer Kriegerbund. Ehemalige Soldaten der deutschen und der französischen Armee, die sich augenblicklich in der Schweiz aufhalten, sind in Genf zur Gründung einer gemeinsamen Organisation zusammengetreten. Die Organisation, die den Namen „Ehemalige Krieger des Weltkrieges“ führt, hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Fragen der deutsch-französischen Beziehungen unter dem Gesichtspunkt einer Verständigung zwischen den beiden Völkern zu erörtern, um auf diese Weise die Voraussetzungen für einen dauernden internationalen Frieden zu schaffen. Mitglieder dieser Organisation können sämtliche Angehörige der deutschen und französischen Armee werden.

Verhaftung von Kommunistenführern. In Zürich sind eine Anzahl Führer der kommunistischen Partei, darunter ein gewisser Bruggmann, der beim letzten Züricher Putsch eine aufreizende Rede hielt, verhaftet worden. In der Druckerei, von der aus die Aufrufe der Kommunisten verbreitet wurden, wurde eine Haussuchung vorgenommen und der Drucker gleichfalls verhaftet.

Italien.

Neue schwere Unruhen. Wegen des Ausstandes der italienischen Seeleute wurde über die Häfen von Campagnia, Syrakus, Venedig und Triest die Sperre verhängt. Der Züricher Post wird gedrahtet, daß es in Neapel zu schweren Unruhen kam. Polizei und Truppen griffen ein. Zahlreiche Personen wurden verwundet. Der Generalstreik wird sich auch auf den ganzen Bezirk der Romagna ausdehnen. In verschiedenen Orten mußte Kavallerie eingreifen. Die Demonstranten durchzogen mit roten Fahnen und unter Absingen der Marseillaise die Straßen. In Forli kam es zu neuen Zwischenfällen. Man befürchtet, daß auch andere Teile des Landes von der Bewegung in Mitleidenschaft gezogen werden. Die Behörden ergreifen strenge Maßnahmen zur Unterdrückung der Bewegung.

Frankreich.

Demobilisierung der Reservistenklassen. Die französische Kammer verhandelte über einige Interpellationen, betreffend die Demobilisierung. Der Unterstaatssekretär für die Demobilisation erklärte, die Regierung werde vom 9. 7. ab die schleunigste Demobilisation sämtlicher Reservistenklassen vornehmen, so daß am 20. Oktober nur noch drei Jahresklassen aktiv, nämlich die Jahresklassen 17, 18 und 19 im Dienst bleiben würden. Die Kammer nahm eine Tagesordnung Durand mit 366 Stimmen an, die eine schnelle und ununterbrochene Demobilisierung verlangt, verwarf dagegen die Tagesordnung Augagnur, die verlangte, daß die Demobilisation am 30. 9. beendet sein solle. Im Laufe der Debatte erklärte Boufet, die polnische Frage dürfe kein Hindernis für die Demobilisierung sein, denn Frankreich könne die Freiheit Polens nicht mit dem Blute seiner Söhne erobern.

Joffre gesteht die Militärkonvention mit England vor dem Kriege ein. Marschall Joffre erschien vor dem parlamentarischen Ausschusse, der eine Enquete über die Verteidigung des Beckens von Briey veranstaltete. Der Marschall verlas ein Schriftstück, in dem er die militärischen Verhandlungen [illegible] vor dem [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] und auf die [illegible] der [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible]

[illegible] des [illegible] der [illegible]. Aus Paris wird gemeldet: Die Konferenz [illegible] für den 21. Juli den Ausstand [illegible]. Die Grubenarbeiter, die Seeleute, die Transportarbeiter, die Arbeiter des Post- und Telegraphenwesens, die Angestellten der Druckereien und das Eisenbahnpersonal haben bereits ihre Zustimmung gegeben. Es ist wahrscheinlich, daß die Blätter in diesem Tage nicht erscheinen. Es ist noch nicht bekannt, wie lange das Eisenbahnpersonal im Ausstand verharren wird, und ob der Ausstand eine Stunde oder mehrere dauern wird.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 7. Juli 1919.

Meldungen der Berliner Morgenblätter.

Berlin. Die Lage im Berliner Verkehrsstreik hat sich noch nicht geändert. Die Ausständigen sagen, wie der „Lokalanz.“ schreibt, man könne von ihnen nach den Verhandlungen nicht verlangen, daß sie nachgeben sollen. Auf Seiten der Verkehrsgesellschaften wird erklärt, daß man zu neuen Verhandlungen nicht eher Veranlassung habe, als bis die Streikenden ihren Kontraktbruch einsehen und die Arbeit wieder aufnehmen.

Der „Lokalanz.“ meldet aus Frankfurt a. M.: Wie der Eisenbahnpräsident mitteilt, hat die Streikleitung ihn ersucht, dafür zu sorgen, daß jede Maßregelung der Streikenden, insbesondere der Streikposten, unterbleibe. Wegen des unerhörten Terrorismus, mit dem die Streikenden in diesen Tagen zum großen Teil alten verdienten Beamten entgegengetreten seien, habe er eine solche Zusage nicht erteilen können.

Wie das „Berl. Tgbl.“ meldet, ist in Duisburg die Braut des entflohenen Bankbeamten Emonts verhaftet worden. Emonts hat sich mit der Dame, welche die Tochter eines höheren Offiziers ist, vor einiger Zeit verlobt und die Behörde behauptet, daß der bekannte Briefwechsel durch Vermittelung seiner Verlobten konstatiert gegangen ist.

Wie dem „Lokalanz.“ berichtet wird, haben am Sonntag den 18. Mai auf Veranlassung des deutschen Volksbundes in allen Städten und Ortschaften der argentinischen Republik, wo Deutsche in größerer Zahl beisammen wohnen, Versammlungen stattgefunden, in denen Tausende von Deutschen und Deutschfreunden flammenden Protest gegen die ungeheuren Friedensbedingungen erhoben. Zugleich erneuerten die Deutschen den Schwur der Liebe und Anhänglichkeit zur alten Heimat.

Abschiedserlaß des preußischen Kriegsministers an Hindenburg.

Berlin. Vor der Abreise des Generalfeldmarschalls von Hindenburg von Kolberg hatte der in Weimar befindliche preußische Kriegsminister durch einen Stabsoffizier seines Stabes nachstehendes Schreiben dem scheidenden Oberbefehlshaber übergeben lassen: „Hochgebietender Herr Generalfeldmarschall! Das beigefügte Dienstschreiben mit der Aufhebung der Mobilmachungsbestimmung Euer Exzellenz beehre ich mich im Namen der preußischen Armee zu begleiten mit der Versicherung des unauslöschlichen Dankes, den wir dem bewunderten Feldherrn, dem vielverehrten und vielgeliebten Soldaten, dem einzigartig treuen deutschen Manne aus tiefstem Herzen entgegenbringen. Wenn endlich einmal wieder aus den jetzigen dunklen Wolken die Sonne hervorbrechen mag, dann wird sie die Großtaten des deutschen Volkes und Heeres heller und klarer wiedererkennen lassen, und dann werden auch die Führer den kommenden Geschlechtern als Vorbilder leuchten, an ihrer Spitze unser Generalfeldmarschall von Hindenburg! Möchte doch diese Sonne auch dem Lebensabend Euer Exzellenz mehr Licht und Wärme gewähren, als es die Sturmtage der Gegenwart und Deutschen bieten. Das ist unser heißer Wunsch in dieser Abschiedsstunde. Mit dem Ausdruck verehrungsvollster Gesinnung und aufrichtigster Treue und Dankbarkeit habe ich die Ehre zu sein Euer Exzellenz gehorsam ergebener gez. W. Reinhardt, Oberst und Preuß. Kriegsminister.“

Zwei Noten an Clemenceau.

* **Berlin.** Deutschland fragt in einer Note an Clemenceau an, ob sich die Ratifizierung des Friedens lediglich auf den Vertrag selbst bezieht. In einer anderen Note ersucht es um Maßnahmen zum Schutze der Deutschen in Riga. Freiherr von Lersner ist zum Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Versailles ernannt worden.

Die Pariser Beratungen.

Haag. Die Kommission, welche die Ausführung des Vertrages mit Deutschland überwachen soll, hat darüber ihre erste Sitzung abgehalten. Am Montag findet in Versailles zwischen den deutschen Vertretern und der alliierten Kommission eine Unterredung statt. Es soll eine Sonderkommission für Schadenersatz ernannt werden. Der oberste alliierte Rat behandelt das Gutachten des Wirtschaftsrates bezüglich der Versorgung Zentraleuropas mit Vorräten und fördert die Maßnahmen, die für die Ausführung des Abkommens in den Häfen Danzig und Memel getroffen werden müssen.

Das bayerische Königshaus.

* **Bamberg.** Im bayerischen Landtag teilte der Finanzminister mit: Die finanziellen Auseinandersetzungen mit dem [illegible] hätten begonnen. Die [illegible] Vorlage ist [illegible] nicht vor dem [illegible] zu erwarten.

In die Luft gesprengt.

* **Essen.** Am Sonnabend [illegible] sprengte [illegible] in ein englisches Munitionslager, das in die Luft flog. [illegible] englische Soldaten wurden getötet.

Die Unruhen in Dortmund.

Dortmund. Wegen Beteiligung bei den Plünderungen wurden hier etwa 600 Verhaftungen vorgenommen. Die Kommunisten haben die Bergarbeiter in einen neuen Streik, wenn die Truppen nicht abrücken. Mehrere aus dem Gefängnis in Hamm befreite Schwerverbrecher wurden bei ihrer Ankunft in Dortmund verhaftet. Auch in Unna haben Unruhen und Plünderungen stattgefunden. Man hat den Eindruck, daß sämtliche Unruhen in der hiesigen Gegend von derselben Organisation geleitet werden.

Bratianus Gründe zum Rücktritt.

* **Amsterdam.** Aus Paris wird gemeldet: Der rumänische Ministerpräsident Bratianu hat Paris verlassen, um sich nach Bukarest zu begeben und seine Entlassung einzureichen. Er hat dem Temps seine Beweggründe auseinandergesetzt. Einer dieser Gründe war, daß Rumänien auf der Friedenskonferenz nicht genügend vertreten war, während die Fragen, die für Rumänien äußerst wichtig sind, besprochen wurden, ohne daß die rumänischen Abgeordneten daran teilnahmen. In dem Vertrag, der der rumänischen Abordnung überreicht worden ist, befindet sich ein Artikel, in dem Rumänien die Verpflichtung auferlegt wird, im Voraus die noch nicht festgestellten Bedingungen anzunehmen, die die Großmächte Rumänien hinsichtlich der Rechte der Minderheit und des wirtschaftlichen Systems vorschreiben werden. Der Rat der Vier verpflichtete die rumänische Armee, den Feldzug gegen die ungarischen Bolschewisten einzustellen. Endlich hat die Politik der Alliierten zur Folge gehabt, daß in der Dobrudscha eine bulgarische Agitation eingesetzt hat und in Transsylvanien die Agitation der deutschen Minderheiten sich ausbreitet, die auf die Gebote zählen, die der Vertrag ihnen zuerkennt. Außerdem wird die Meinung geäußert, daß der inneren Politik Bratianus große Schwierigkeiten gemacht worden seien. Stolle Belgus nimmt von dem Artikel des Temps Kenntnis und bemerkt bitter, daß das, was Rumänien jetzt erfahre, ein weiteres Beispiel dafür sei, wie unterschiedlich die Behandlung der Alliierten sei; je nach dem sie der Rubrik der Großmächte oder der kleinen Staaten eingereiht werden.

Die Wut gegen Frankreich.

Im Augusteum in Rom veranstalteten die Nationalisten eine Protestversammlung gegen das Ministerium Nitti, der auch mehrere hundert Offiziere und Kriegsbeschädigte beiwohnten. Als ein Redner, Major Muzlati, die Vorfälle in Fiume erwähnte, erhob sich die ganze Versammlung unter nicht endenwollenden Rufen: „Nieder mit Frankreich!“ Der Nationalrat von Fiume richtet an den italienischen General Graziani, den Oberkommandanten der alliierten Truppen in Fiume, das Gesuch, bei den alliierten Mächten zur Vermeidung weiterer ernster Zwischenfälle die Zurückziehung der französischen Truppen aus Fiume erwirken zu wollen. Aus mehreren Orten in Italien werden Schlägereien zwischen französischen und italienischen Soldaten gemeldet. In Genua mußte, laut Perseveranza, eine Gruppe französischer Soldaten unter dem Schutz von Karabinern auf die Schiffe flüchten.

Gewaltherrschaft der Arbeiter in Florenz.

* **Bern.** „Avanti“ meldet aus Florenz: Die Arbeiterschaft ist Herrin der Stadt. Sämtliche von ihr mit Gewalt beschlagnahmten Lebensmittel werden zu den von der Arbeitskammer festgesetzten Preisen abgegeben. Ein großer Teil wurde der Bevölkerung des Erdbebengebiets überwiesen, weil sich die Hilfsaktion der Regierung für die nach Tausenden zählenden obdachlosen Familien vollkommen unzureichend erwiesen habe. Bei den Zusammenstößen mit der bewaffneten Macht, bemerkt „Avanti“, wurde in die Luft geschossen. Die Kavallerie weigerte sich die Menge anzugreifen. Die vielen neuentstandenen örtlichen Sowjets zur Regelung der Lebensmittelversorgung sind der Schwierigkeiten Herr geworden und haben sich überall durchgesetzt.

Im Luftschiff über den Ozean.

Amsterdam. Nach einer Meldung aus Washington hat das Flugschiff „R 34“ das britische Luftfahrtministerium verständigt, daß es über Neuschottland mit starkem Gegenwind zu kämpfen hatte und daß das Benzin auszugehen beginnt. Zwei Zerstörer haben Befehl erhalten, sofort von Boston nach der Fundybai auszugehen, um dem Luftschiff Hilfe zu leisten. Nach einer Reutermeldung aus London wurde bei Mineola die drahtlose Nachricht von „R 34“ aufgefangen, daß die Ankunft des Luftschiffes wahrscheinlich für Sonntag zu erwarten war. Man glaubt daraus schließen zu können, daß das Luftschiff die Hilfe der Zerstörer schließlich doch nicht benötigen wird.

Sport.

Städtewettspiel Nünchritz-Großenhain — Dresden-Cotta. Das Spiel begann punkt 3 Uhr unter den Klängen einer Musikkapelle. Halbzeit: 1:1, Endresultat: 2:2.

Ehepaar sucht
zum 20. Juli (evtl. früher)
1—2 möblierte oder
oder leere Zimmer
mit Küchenbenutzung evtl. möbl. Wohnung zu mieten. Gefl. Ang. erb. an Hammer, Leipzig, Friedr.-Karl-Str. 46.

Die erkannte Person,
die gestern im Hotel Höpfner die Ringe und Portemonnaie an sich genommen hat, wird dringend ersucht, selb. i. Tageblatt Riesa abzg., andernfalls gerichtl. Anzeige erfolgt.

Fordernde Liebe.

Roman von Erich Ebenstein.

46. Fortsetzung.

Aber es war gar keine schlechte Idee, so Knall und Fall davon zu gehen! Wie, wenn man es auch so machte? Mit dem Geld, das die Gnädige zurückließ, wäre der rückständige Lohn gerade gedeckt, und dem Herrn konnte man ja sowieso nichts mehr recht machen — —

* * *

Heidlof hatte einen ebenso angestrengten als aufregenden Vormittag durchgemacht. Es war Samstag, wo er ohnehin schon im Sophienspital immer seinen starken Tag hatte. Dazu kamen zwei neue Patienten in seiner Privatpraxis, bei denen er sich länger aufhielt, als er gedacht, und kurz vor Mittag, als er noch rasch eine Kranke im Sanatorium Löw aufsuchte, wurde er von dort durch einen Boten ins Palais Laban geholt, wo man seiner dringend bedürfe, wie der Bote mit einem scheuen Blick nach dem aufhorchenden Portier hinzugefügt. Das Auto des Fürsten warte bereits unten auf ihn.

Heidlof trat in die Telephonzelle, um Daniela zu verständigen, daß er nicht rechtzeitig zum Essen daheim sein könne. Eine Rücksicht, die er sich trotz der eingetretenen Entfremdung zur Pflicht machte.

Aber als die Verbindung von der Zentrale hergestellt worden war, antwortete trotz alles Läutens niemand auf seinen Anruf.

Aergerlich gab er die zwecklosen Versuche endlich auf. Unterwegs fragte er den Boten — es war der Leibkammerdiener des Fürsten — was denn eigentlich daheim passiert sei.

Zu seiner Bestürzung erfuhr er, daß sich in der Nacht Zeichen von Geistesstörung bei der jungen Fürstin gezeigt hatten. Sie war mitten in der Nacht aufgestanden und in das Schlafzimmer ihres Gatten eingedrungen, dem sie eine furchtbare Szene machte, indem sie ihn mit grundlosen Vorwürfen überschüttete, ihn ihren „Todfeind“ nannte und schließlich einen Revolver zog, um, wie sie schrie, ihr Leben gegen ihn zu verteidigen — —

Mit Mühe hatte man sie halbwegs beruhigt. Aber am Vormittag begannen die Aufregungszustände von neuem. Man hatte nun um einen Psychiater telephoniert, doch war er noch nicht erschienen und die Fürstinmutter versprach sich überhaupt viel mehr von Dr. Heidlof, der schon öfter mit Glück beruhigend auf die Schwiegertochter eingewirkt habe.

Heidlof nahm den Bericht schweigend entgegen. Er hatte etwas Aehnliches im stillen immer gefürchtet. Der Vater der jungen Fürstin war im Irrenhaus gestorben, die Mutter in Trübsinn verfallen, der sie bis an ihr Ende nicht mehr verließ. In der Familie Laban hatte das exzentrische Wesen der jungen Fürstin schon lange Besorgnisse geweckt, und Heidlof war, in Kenntnis der schweren Hysterie seiner Patientin, darum auch nur mit schwerer Sorge an die leider unbedingt notwendig gewordene Operation geschritten, da er die Folgen der Narkose für ihr ohnehin zerrüttetes Nervensystem fürchtete.

Besser als irgend jemand sonst wußte er, daß diese Sorge nur zu gerechtfertigt gewesen war. Wenn er die übertriebene Dankbarkeit der schönen Frau auch anfangs wirklich nur als solche aufgefaßt hatte, mußte er in der letzten Zeit leider erkennen, daß ihre Gefühle sich in krankhafter Richtung bewegten. Sie bestürmte ihn förmlich mit Briefen und mündlichen Liebeserklärungen, glaubte sich verfolgt, forderte ihn auf, sie zu retten und mit ihr zu fliehen, so daß er oft rücksichtslos werden mußte, um sie nur halbwegs wieder zur Vernunft zu bringen.

Auch gestern war es so gewesen und er hatte gehofft, nun wieder eine Zeitlang Ruhe zu haben.

Aber die finsteren Gewalten, die um dies schöne, mit allen Glücksgütern gesegnete junge Wesen rangen, hatten doch die Oberhand behalten — —

Als er ihr gegenüberstand und den seltsam flackernden Blick beobachtete, mit dem sie ihn ansah, wußte er sofort, daß er all seinen Einfluß auf sie nun nur mehr dazu benützen konnte, um sie zum Eintritt in eine Heilanstalt zu bewegen.

Es dauerte lange, ehe ihm dies gelang. Sie willigte nur unter der Bedingung ein, daß er selbst sie hinbringe und sie mindestens jeden zweiten Tag dort besuche. Der berufene Psychiater war inzwischen eingetroffen. Nach kurzer Beratung mit ihm wurde beschlossen, die Fürstin sogleich in die von ihm geleitete Anstalt zu überführen.

Heidlofs Ordination war längst vorüber, als er todmüde und erschöpft daheim anlangte.

Trotzdem standen noch ein paar Patientinnen wartend an der Tür. Arme Leute, die sich nur schwer Zeit nahmen, zum Arzt zu gehen, und den Weg nicht umsonst gemacht haben wollten.

„Warum sind Sie nicht eingetreten?“ fragte Heidlof verwundert.

„Weil auf unser Läuten niemand öffnete“, antwortete eine der Frauen.

Kopfschüttelnd schloß er die Eingangstür auf und machte Licht, da es schon dunkel war.

„Wie die Herrin, so die Magd“, dachte er bitter. „Da laufen sie alle beide ihrem Vergnügen nach, ohne die geringste Rücksicht auf meinen Beruf, der doch auch ihnen gewisse Verpflichtungen auferlegt.“

Fortsetzung folgt.

SLUB
Wir führen Wissen.

Versammlungsanzeigen

Riesa, Dienstag, den 8. d. M., 8 Uhr letzte Gruppenversammlung.

Gewerbeverein.

Sonntag, den 13. Juli d. J., von nachmittags 4 Uhr an

Feier des 71. Stiftungsfestes

im Stadtpark.

Concert von der Kapelle des Herrn Musikmeister Kaus.

Hierzu werden die geehrten Mitglieder nebst Angehörigen ergebenst eingeladen und um zahlreichen Besuch gebeten. Der Vorstand.

Sonnabend, den 12. Juli, abends 8 Uhr

Generalversammlung.

Konditorei und Café Grube

Kaiser-Wilhelm-Platz Nr. 2

empfiehlt ausgezeichnete Weine erster Firmen, Vorzügliche Biere, Eis, Eisschokolade, Eiskaffee, Torten und Gebäck.

Telefon 549. Otto Grube.

Stadtpark Riesa.

Dienstag, den 8. Juli, abends 8 Uhr

KONZERT.

Es ladet ergebenst ein Otto Weser.

Gasthof Boritz.

Dienstag, den 8. Juli

großes Extrakonzert mit Ball

Persönliche Leitung Musikmeister C. Kaus.
Eintritt 1 Mark. Anfang 7 Uhr.
Es laden freundlichst ein Emil Strehle u. Kapelle.

Statt Karten.

Die **Verlobung** ihrer Tochter **Käthe** mit dem Lehrer Herrn **Karl Goldbach** zeigen an

Oberbahnmeister **Meissner** u. **Frau**
Alma geb. Müller.

Riesa, 6. Juli 1919.

Käthe Meissner
Karl Goldbach
Verlobte.

Statt Karten.

Hulda Proschwitz
Paul Kämmel
grüßen als Verlobte

Riesa. Juli 1919. Gröba.

Ihre Verlobung beehren sich anzuzeigen

Emma Förster
Otto Kühne

Gröba. Schmölen b. Wurzen.

Ihre Vermählung geben hierdurch bekannt

Oswin Kohl und Frau
Erna geb. Schmidt.
Riesa, 6. 7. 19.

Nach Gottes unerforschlichem Ratschluß entschlief Sonntag nachmittag unsere über alles geliebte Mutter

Frau Hulda Kühne

geb. Werner

in ihrem 58. Lebensjahre.

Dies zeigen schmerzerfüllt an
der trauernde Gatte und Kinder.

Gahra, den 6. Juli 1919.

Die Beerdigung erfolgt Donnerstag nachmittags 1 Uhr.

Zentral-Lichtspiel-Theater Riesa.

Spielplan vom 7.—10. Juli:

Sein Weib.

Das Schicksal eines Blinden.
Packende Aufführung. Spannende Handlung.
In der Hauptrolle Asta Goldstück.
Um gütigen Zuspruch bittet die Besitzerin: Anna Jack.

Gurken.

Heute ist die erste Sendung holländische Gurken eingetroffen. E. Pittel, Bautzner Straße.

Gurken.

Heute ist die erste Sendung holländische Gurken eingetroffen. H. Gruhle, Goethestr. 89.

Kamillen, Lindenblüten, Holunder,

sowie alle anderen medizin. Kräuter in gut getrocknetem Zustande kauft zu höchsten Tagespreisen die Medizinal-Drogerie A. B. Hennicke.

Auf dem Schützenplatz

Die große Arena und beste Turnseil-Künstler-Truppe

Cäsar Belli

trifft hier ein und gibt Dienstag, den 8. Juli die

Gala-Eröffnungs-Vorstellung

mit einem Weltstadtprogramm 1. Ranges. Auftreten nur erster Künstler und Künstlerinnen.

Jede einzelne Nummer ist eine Attraktion.

Das Programm umfaßt sämtliche Zweige der akrobatischen Artistik, als: Akrobaten, Jongleure, verwegene Luft-Gymnastiker, Drahtseilkünstler, Clowns und Auguste, Fußantipoden usw.

Arena Cäsar Belli ist auf das praktischste erbaut. Die Sitzplätze sind auf Art der alten römischen Amphitheater tribünenartig erhöht, sodaß man von jedem Platz die große Bühne voll übersehen kann.

Große eigene Starklichtanlage.

In jeder Vorstellung **Besteigung des 50 Fuß hohen Seiles** durch **Otto Belli** in seinen kühnen Leistungen. Otto Belli ist gegenwärtig der einzige Seilkünstler, welcher mit einem gewöhnlichen Fahrrade über das hohe Seil fährt.

Anfang 8 Uhr. Volkstümliche Eintrittspreise: Stuhlsitz 1,50 Mk., 2. Platz 80 Pf., Stehplatz 50 Pf.
Kinder: 1. Platz 75 Pf., 2. Platz 40 Pf., Stehplatz 20 Pf.

Um gütigen Zuspruch bittet
die Direktion Cäsar Belli.

Werkgenossenschaft für das Holzgewerbe Riesa

e. G. m. b. H. in Riesa.

Bilanz am 31. Dezember 1918.

Vermögen.	ℳ	Verbindlichkeiten.	ℳ
Kassenbestand	1200.—	Geschäftsguthaben der Mitglieder	3930.—
Buchforderungen	7867.93	Betriebseinlagen der Mitglieder	1110.—
Warenbestand	8482.94	Gesetzliche Rücklage	175.—
Spareinlagen (Rücklage)	340.—	Außerordentliche Rücklage	250.—
Inventar	1.—	Buchschulden	2525.90
		Bankschulden	8705.—
		Gewinnvortrag aus 1917	55.—
		Reingewinn 1918	1140.97
Mark	17891.87	Mark	17891.87

Mitgliederbewegung:

Stand am 1. 1. 18: 9 Mitglieder mit 9 Anteilen
Zugang im Laufe des Jahres 14 „ „ 14 „
Stand am 31. 12. 18: 23 Mitglieder mit 23 Anteilen.

Die Gesamthaftsumme beträgt demnach am 31. 12. 18: Mark 6900.—.

Riesa, den 27. März 1919. Eduard Norekat. Robert Hofmann.

Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme, die uns beim Heimgange unsrer teuren Entschlafenen, der Frau

Henriette verw. Hanke geb. Schumann

in Heyda

durch herzliche Worte, Gesang und so reichen Blumenschmuck zuteil geworden sind, sagen allen **innigen herzlichen Dank.**

Heyda, den 5. Juli 1919.

Oswin Hanke und **Frau** Olga geb. Schneider
Hulda Ryssel geb. Hanke
Ida verw. Müller geb. Hanke.

Gestern nachm. 4 Uhr verschied nach langem schweren Leiden mein lieber Gatte, unser guter Vater

der Bahnmeister i. R.

Franz Haase

im 54. Lebensjahre.

Dies zeigt hierdurch tiefbetrübt an

Selma Haase geb. Seidel
im Namen aller Hinterbliebenen.

Riesa, den 7. Juli 1919, Gebanstr. 2, 1.

Die Beerdigung findet Donnerstag nachm. ½2 Uhr von der Friedhofshalle aus statt.

Achtung! Radfahrer!

Gummi-Reifen,

Drahtreifen.
Pa. Auslandsschläuche
in allen Größen,
Ventilgummi,
Gummilösung,
Flickgummi.

Franz und Emil Müller,
Fahrrad- und Maschinen-Handlung, Installationsgeschäft für Licht u. Kraft.
Merzdorf-Riesa.
Fernsprecher 506.

Tüllgardinen

gute frühere Ware.
Met. 12.— und 14.50 Mk.

Emil Förster.

Verkaufe billigst u. solange Vorrat reicht!

Pa. 80er Hemdenluch	9.50
78/80er Nessel	7.50
Weißer u. gestr. Barchent	8.50

Handtücher, Wischtücher, Schürzen, Taschentücher, Blusenstoff usw.

Kurt Vogelmann,
Gröba, Olschatzer Str. 21, 2.

Saure Gurken,

gute Qualität,
Stück 20 Pf., empfiehlt

R. Schnelle, Schützenstr.

Ia gebr. Bohnenkaffee,
½ Pfund 9 Mark.
Köhler, Bismarckstr. 72, 1.

Heute ein großer Posten

holländ. Gurken

eingetroffen.

Schoten, Kohlrabi, Karotten, Kirschen, Staudensalat, Apfelsinen, Zitronen, saure Gurken, gesalz. Weiß- und Rotkraut

empfiehlt

Georg Schneider
Kaiser-Franz-Joseph-Str. 3a.

Karotten
Schoten
Erbsen
Zwiebeln
mit Lauch
Kirschen

offeriert in Ladungen billig

Oskar Winkler,
Leipzig,
Markthalle. Tel. 19929.

Kaufm. Verein Riesa.

Monatsversammlung ausnahmsweise nicht Dienstag sondern Mittwoch, 9. Juli, Elbterrasse. Besprechung v. Verkehrsfragen.

Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr

Monats-Versammlung
„Elbterrasse".

Tischler-Zwangs-Innung Riesa.

Mittwoch, d. 9. Juli 1919, nachm. 5 Uhr im Gasthaus „Stadt Dresden" in Riesa

Lehrlings-Aufnahme

anschließend
Quartalversammlung.
Tagesordnung durch Drucksache. Der Obermeister.
Ed. Norekat.

Die heutige Nr. umfaßt 8 Seiten.

Beilage zum „Riesaer Tageblatt“.

Rotationsdruck und Verlag: Langen & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Hauptstraße 20. Verantwortlich für Redaktion: R. Reichgräber, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

№ 153. Montag, 7. Juli 1919, abends. 72. Jahrg.

Nationalversammlung.

Präsident Fehrenbach eröffnete die Sitzung am Sonnabend um 2 Uhr 15 Minuten. Eingegangen ist der Gesetzentwurf über die Ratifikation des Friedensvertrages. Es folgt die Fortsetzung der Verfassungsberatung.

Die Bestimmungen über das Amt des Reichspräsidenten werden, entgegen dem Antrage der Unabhängigen auf Streichung angenommen, bis auf Artikel 41, über den später namentlich abgestimmt werden soll.

Bei Artikel 45 befürwortet Abg. Dr. Heinze (Deutsche Vpt.) einen Antrag seiner Partei auf andere Formulierung. Die Bestimmung über den Völkerbund müsse gestrichen werden. Ein Antrag Gröber (Zentr.) will gleichfalls die Bestimmung über den Völkerbund streichen, ebenso ein Antrag der Unabhängigen.

Abg. Katzenstein (Soz.) bittet, die Anträge abzulehnen. Wenn unsere Feinde der Idee des Völkerbundes untreu geworden sind und eine Koalition zur Vergewaltigung Europas geschlossen haben, so haben wir es gewiß nicht nötig, ihnen auf diesem Wege zu folgen.

Abg. Dr. von Delbrück (Deutschnat.): Der Passus, betreffend den Völkerbund, muß im Interesse der Würde des deutschen Volkes gestrichen werden.

Der Antrag Heinze und der Antrag der Unabhängigen werden abgelehnt, der Antrag Gröber wird angenommen.

Artikel 45 wird in der Fassung des Ausschusses unter Streichung des Absatzes, betreffend den Völkerbund, angenommen.

Artikel 46 und 47, bei denen jedesmal die Unabhängigen Streichung beantragen, werden unverändert angenommen. Artikel 48 bestimmt, wenn ein Land die ihm nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt, kann der Reichspräsident es dazu mit Hilfe der bewaffneten Macht anhalten.

Abg. Katzenstein (Soz.) begründet einen Antrag, wonach der Reichspräsident verpflichtet sein soll, unverzüglich die Genehmigung des Reichstages einzuholen und seine Maßnahmen nur treffen kann unter Verantwortlichkeit des gesamten Reichsministeriums.

Staatskommissar Dr. Preuß: Alle die Kautelen, welche Herr Katzenstein wünscht, sind eigentlich in der Verfassung schon enthalten.

Abg. Dr. Heinze (Deutsche Vpt.): Wir wollen eine möglichst starke Regierung, und deshalb lehnen wir den Antrag Katzenstein ab.

Abg. Dr. Koch (Dem.) spricht sich gleichfalls gegen den sozialdemokratischen Antrag aus.

Abg. Dr. Cohn (Unabh. Soz.) bittet den ganzen Artikel zu streichen oder, wenn er bestehen bleiben soll, wenigstens den Antrag Katzenstein anzunehmen.

Artikel 48 wird in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Abg. Schulze-Gävernitz begründet einen Antrag, in Artikel 41 statt Reichspräsident zu sagen Reichswart. Der Antrag wird abgelehnt.

Nach dem Antrag Stehr (Dem.) beschließt das Haus, daß zum Reichspräsidenten wählbar ist jeder Deutsche, der das 35. Lebensjahr vollendet hat. Damit entfällt der deutschnationale Antrag. Die Bestimmung des Entwurfes „gewählt ist, wer die meisten Stimmen erhält“ wird abgelehnt.

Inzwischen ist Ministerpräsident Bauer am Ministertisch erschienen.

Die gestern zurückgestellte Abstimmung über Artikel 38 ergibt die Annahme in der gestern vom Abg. Ablaß (Dem.) begründeten besseren juristischen Formulierung.

Bei Artikel 49 beantragen die Unabhängigen Streichungen.

Ein gemeinsamer Antrag Zentrum-Deutschnationale-Demokraten-Deutsche Volkspartei schlägt eine Formulierung vor, wonach der Reichspräsident bei Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung die nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten kann, sowie den Zusatz: bei Gefahr im Verzuge kann die Landesregierung für ihr Gebiet einstweilige Maßnahmen treffen. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichspräsidenten außer Kraft zu setzen.

Hierzu beantragt Abg. Katzenstein (Soz.), hinter „auf Verlangen des Reichspräsidenten“ zu setzen „oder des Reichstages“.

Abg. Dr. Cohn (Unabh. Soz.): Artikel 49 würde einen Rechtszustand schaffen, welcher hinter demjenigen von 1848 zurückbliebe.

Regierungskommissar Dr. Preuß: Auch Herr Dr. Cohn könnte ohne den Belagerungszustand nicht auskommen. Das haben seine Parteifreunde in Bremen, München usw. hinreichend bewiesen. Die nähere Regelung des Belagerungszustandes wird durch ein Reichsgesetz in ruhigeren Zeiten erfolgen. Wir würden uns freuen, wenn die Unabhängigen mit uns daran arbeiten würden, den Belagerungszustand überhaupt überflüssig zu machen. (Lebhafte Zustimmung.)

Abg. Katzenstein (Soz.) beantragt, in dem Artikel 49 in der Wendung „zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ die Worte „und Ordnung“ zu streichen.

Reichsminister Heine wendet sich gegen den Antrag. Dadurch würde der Inhaber der vollziehenden Gewalt verhindert werden, wirtschaftliche Maßregeln zu treffen.

Abg. Dr. Cohn (Unabh. Soz.): Im letzten Grunde handelt es sich für Sie (zu den Sozialdemokraten) doch nur darum, Ihre Gewalt zu mißbrauchen zum Schutze Ihrer Parteiregierung. Es tut Not, daß Ihnen einmal die heuchlerische Larve abgerissen wird.

Artikel 49 wird in der Fassung des Vierparteienantrages angenommen mit der Anfügung des Antrages Katzenstein. Die Artikel 51 bis 53 werden ohne Erörterung angenommen.

Bei Beratung der Artikel 54 und 55 beantragt die Deutsche Volkspartei eine Streichung, damit nicht die Minister ausschließlich mechanisch den Parteien entnommen werden. Der Antrag wird jedoch nach kurzer Debatte abgelehnt und die Artikel in der Verfassung des Entwurfes angenommen.

Ueber den Abschnitt Reichsrat, Artikel 61 und folgende, referiert Abg. Hautzmann (Dem.): Der Reichsrat erschien allgemein notwendig und zweckmäßig, selbst die äußerste Linke hat eine solche Einrichtung als wünschenswert anerkannt. Hinsichtlich Oesterreichs, das auch eine Stelle im Reichsrat erhalten sollte, sind unsere Hoffnungen vom Frühjahr durch den gewalttätigen Machtspruch, der das Selbstbestimmungsrecht verneint, vernichtet worden. Absichtlich haben wir seinen Namen dort stehen gelassen. Das soll der Ausdruck unserer fortdauernden Hoffnung, die Bürgschaft der Erfüllung unserer Hoffnung bedeuten und ein wertvolles persönliches Band zu den politischen Persönlichkeiten zum Ausdruck bringen.

Ein unabhängiger Abänderungsantrag wird abgelehnt. Der Abschnitt wird ohne weitere Erörterung angenommen, bis auf die Artikel 62 und 64 bezüglich des Stimmverhältnisses im Reichsrat, die erst später im Zusammenhang mit dem zurückgestellten Artikel 18 beraten werden sollen.

Ueber den 5. Abschnitt Reichsgesetzgebung, referiert Abg. Koch (Dem.).

Bei dem ersten Artikel des Abschnittes macht Abg. Dr. Cohn (Unabh. Soz.) eine Einwendung.

Da er in längerer Geschäftsordnungsdebatte auf allen Seiten Widerspruch erfährt, bezweifelt er schließlich die Beschlußfähigkeit des Hauses. Infolgedessen bricht Präsident Fehrenbach die Verhandlung ab.

Um 7 Uhr wird die Weiterberatung auf Montag 2 Uhr vertagt.

•

Unterbrechung der Verfassungsberatung. Die Beratungen der Verfassung wurden am Sonnabend in der Nationalversammlung abgebrochen. Von Montag bis Donnerstag werden die Steuergesetze und voraussichtlich die Ratifikation des Friedensvertrages beraten, dann bis zum Ende der Woche kleinere Vorlagen und Interpellationen. Am Montag, den 14. Juli wird die zweite Lesung der Verfassung fortgesetzt. Man beabsichtigt, sämtliche Steuergesetze bis Ende Juli zu erledigen. Bei der Beratung über die Ratifikation des Friedensvertrages wird der Ministerpräsident in einer programmatischen Rede zu den Fragen der inneren und äußeren Politik Stellung nehmen. Die gegenwärtige Regierung wird das Programm der alten Koalitionsregierung übernehmen, aber an praktischen Beispielen dürfte der Ministerpräsident zeigen, welche Maßnahmen zur baldigen Durchführung dieses Programms ergriffen werden sollen.

Gesetzentwürfe über Unruhschäden und Besoldungen. In der am Sonnabend in Weimar unter dem Vorsitz des Reichsministers des Innern Dr. David abgehaltenen Vollsitzung des Staatenausschusses wurde dem Entwurfe eines Gesetzes über die durch die inneren Unruhen verursachten Schäden und dem Entwurfe einer 6. Ergänzung des Besoldungsgesetzes vom 15. Juli 1909 zugestimmt.

Erledigung der Vermögenssteuervorlage erst im Herbst? Als kommende große Vermögensangabe wird der 1. Dezember 1919 in Aussicht genommen. In parlamentarischen Kreisen ist man der Ansicht, daß es unmöglich sein wird, in der Sommertagung alle Steuervorlagen durch die drei Lesungen hindurchzubringen. Man ist daher geneigt, sich mit der Vornahme der 1. Lesung zu begnügen und die Erledigung auf den Herbst zu vertagen. Würde auf sofortige Erledigung der Steuern gedrängt, so würde der Monat August in Betracht kommen.

Um die Auslieferung des Kaisers.

Man darf über die Person Kaiser Wilhelms II. seine eigene Ansicht haben oder gehabt haben; der Stil, in dem von Lloyd George und der übrigen englischen Jingomeute die Frage seiner Auslieferung betrieben wird, ist nur geeignet, dem Kaiser auch in den Kreisen derjenigen Deutschen Freunde und Verteidiger zu werben, die seiner Politik und seinen Impulsen durchaus ablehnend gegenüberstanden. Wenn wir hören, daß ein englisches Parlamentsmitglied im Hause der Gemeinen an den Unterstaatssekretär Harmsworth die Frage richtete: „Ist der Regierung bekannt, daß der Kaiser erklärt habe, eher Selbstmord zu begehen, als sich den Alliierten zu stellen“ und daß darauf unter allgemeiner Heiterkeit zahlreiche Zurufe ertönten: „Laßt ihn doch!“, so wird uns der dem Deutschen und Englischen gemeinsame, schon von Shakespeares Hamlet zum Ausdruck gebrachte Doppelsinn von „gemein“ gegenüber diesem Parlament in seiner heutigen Voraussetzung geradezu mit Gewalt zum Bewußtsein gebracht.

Es ist unnötig zu fragen, mit welcher Berechtigung ein derartig menschlich ekelerregendes Schauspiel in Szene gesetzt wird. Das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrheit weiß, daß politische Gründe, wie sie zum Opiumkrieg gegen China und zum Burenkrieg führten, Kaiser Wilhelm II. niemals geleitet haben. Den Greueln Kitcheners, des Henkers von Omdorman, Episoden, gleich denen von Denshawai, bei denen englische Offiziere eine Art Taubenschießen auf wehrlose Aegypter veranstalteten, hat die deutsche Kriegführung, für die offenbar der Kaiser verantwortlich gemacht werden soll, nicht auch nur annähernd Gleichwertiges an die Seite zu stellen. Mit der Verurteilung und der Preisgabe Kaiser Wilhelms II. soll wohl gewissermaßen die deutsche Geschichte seit 150 Jahren (in diesem Sinne hat sich doch Lloyd George ausgedrückt?) in ihrer Gesamtheit verurteilt werden.

Das ist der Punkt, von dem aus die Auslieferung des deutschen Kaisers ihre Bedeutung über die Person des Auszuliefernden hinaus gewinnt. Dem deutschen Volk, auch dem Volk des republikanischen Deutschland, soll eine durch seine geschichtliche Entwicklung eigenartige Mentalität angedichtet werden, auf Grund deren es an jedem Unglück in der Welt als schuldig und dafür haftbar, jeder Schandtat fähig erachtet werden könne. Wir könnten es uns hier im Einzelnen schenken, aber das Verhalten der Engländer zwingt uns, darauf wieder des öfteren zurückzukommen, in der englischen Geschichte des letzten Jahrhunderts nach moralischen Gesichtspunkten zu blättern. Wo sollen wir denn beginnen? Bei der Beschießung Kopenhagens, das bereits die weiße Flagge gehißt hatte, durch den britischen Nationalhelden Nelson?

Wesentlicher ist heute die Frage: Wozu betreibt die englische Regierung diese infame Hetze? Darauf sind verschiedene Antworten möglich. Die eine haben wir schon angedeutet: das deutsche Volk soll damit getroffen werden. Wir sollen jeden moralischen Prestiges beraubt werden. Damit verallgemeinert sich die Frage zu einer Politik, die in ihren Folgen eigentlich den Friedensdiktatoren selbst unangenehm sein müßte. Soll in Deutschland mit aller Gewalt durch Besudelung des deutschen Namens, durch moralische Fußtritte und Begeiferung der Nationalismus, ja Chauvinismus angefacht werden? Soll das Gefühl des Volkes, das jetzt in der Hauptsache sich nach Ruhe sehnt, zur Rache aufgepeitscht werden? Die gewöhnliche Logik ist aber doch die, daß eine Person und eine Politik, die derart niederträchtig beschimpft wird, nicht zum mindesten nicht moralisch — sogar schlecht gewesen sein kann. Die Politik der Aufstachelung liegt vielleicht im Sinne derjenigen uns feindlichen Imperialisten, die Deutschland in seiner machtpolitischen Schwäche mit Fußtritten zum Widerstand des getretenen Hundes herausfordern möchten, um dann mit leichtem Aufwand noch weitere Annexions- und wirtschaftliche Aussaugungsgelüste befriedigen zu können.

Glaubt ein Lloyd George, mit einer derartigen Behandlung des deutschen Kaisers uns innerpolitische Schwierigkeiten zu unserer eigenen Schwächung schaffen zu können? Etwa dadurch, daß die alten Freunde des Kaisers gegen die Volksgemeinschaft aufgeputscht würden? Ob sich Lloyd George nicht täuscht? Darin nämlich: daß in Deutschland die rein menschliche Entrüstung sich gegen ganz andere im Leben Europas hervorragende Männer einen könnte.

In der Hauptsache jedoch wird es sich für die Verbandspolitiker, die des Kaisers Auslieferung betreiben, darum handeln, den eigenen Völkern gegen das Mundstücker, das auch bei ihnen der Krieg zurückgelassen hat, eine Art Maxphimsprüche zu verabreichen. Das Volksempfinden scheint unter den Regierenden, deren Konflikt die Völker zum Blutvergießen gejagt hat, den Sühne- und Sündenbock zu heischen. Was ist dann leichter, als von den Wehrlosen den Kaiser zur Auslieferung zu verlangen. Der Blitz soll abgeleitet werden von denen, die vor Jahren die Verständigungsangebote abschlugen, soll abgelenkt werden von der Schuld, mit der sich die englische Politik unter Eduard VII. befleckt hat; soll abgelenkt werden von dem Mann, der in Paris geäußert hat, daß er auf diesen Tag der deutschen Erniedrigung seit 48 Jahren gewartet habe. Der deutsche Kaiser hatte keinen Anlaß, aus Rachegefühl den Krieg zu wünschen.

Bethmann-Hollweg und Hindenburg haben sich angeboten, sich für den Kaiser zur Auslieferung zu stellen. Jetzt haben dies auch die Söhne des Kaisers getan. Es wird bei diesem Angebot bleiben müssen. Aber vielleicht wird König Georg von England, an den das letzte Angebot gerichtet ist, sich doch fragen, ob sein ehemals kaiserlicher Vetter wirklich ein so abgrundschlechter Mensch ist, ob Seine Britische Majestät menschlich und politisch wertvoller als Kaiser Wilhelm oder auch nur als Zar Nikolaus sein sollte.

• • •

Das Angebot der kaiserlichen Prinzen.

Prinz Eitel Friedrich von Preußen hat an den König von England folgendes Telegramm gerichtet:

Seine Majestät dem König von Großbritannien und Irland. In Ausübung selbstverständlicher Sohnes- und Offizierspflicht stelle ich mich mit meinen vier jüngeren Brüdern Eurer Majestät an Stelle meines kaiserlichen Herrn Vaters für den Fall seiner Auslieferung zur Verfügung, um ihm durch unser Opfer den entehrenden Gang zu ersparen. Im Namen der Prinzen Adalbert, August Wilhelm, Oskar und Joachim von Preußen

Eitel Friedrich von Preußen.

Wilhelm II. im Tower.

Nach letzten telegraphischen Meldungen verlangt die Entente die Ueberführung des früheren deutschen Kaisers nach London und zwar in den Tower, damit er dort des Urteils des internationalen Gerichtshofes harre. Ob es so weit kommen wird, steht noch dahin. Aber der Rachsucht unserer Feinde würde es ganz entsprechen, wenn sie Wilhelm II. an den historischen Ort rufen würden, wo schon so mancher Justizmord begangen wurde. — Aus der Auslandspresse werden hierzu folgende Stimmen bemerkt: Der „Telegraaf“ meldet aus London: Einer dortigen Nachrichten-Agentur zufolge, hätten die amerikanischen Delegierten ihre Zustimmung zu den Prozeß gegen den vormaligen deutschen Kaiser unter der Voraussetzung gegeben, daß er in London stattfindet, daß ein geordnetes Gerichtsverfahren gewährleistet ist und daß kein Todesurteil ausgesprochen wird. Wahrscheinlich wird der Prozeß im englischen Oberhause vom höchsten englischen Gerichtshof geführt werden. — „Nieuwes van den Dag“ schreiben in einem Leitartikel: Wenn der deutsche Kaiser ausgeliefert werden soll, so würde er nur an einen Gerichtshof ausgeliefert werden, der eine unparteiische Untersuchung und ein gerechtes Urteil verbürgen. Unter den jetzigen Umständen jedoch könnten die Niederlande auf dem Ersuchen um Auslieferung des Kaisers, auch wenn es von 22 Mächten erfolgt, nur eine Antwort geben: Nein! — Laut „Nieuwes van den Dag“ melden Central News ergänzend: Der Kaiser werde wahrscheinlich ein Haus in der Nähe von London als Aufenthaltsort angewiesen erhalten. Er werde während des Prozesses von einer bewaffneten Wache bewacht und jedes Mal nach London geleitet werden. Man werde dem Kaiser erlauben, sich von einem deutschen Advokat vertreten zu lassen. Ein britischer Kreuzer werde nach den Niederlanden gesandt werden, um den Kaiser nach England zu bringen. Falls er schuldig befunden würde, solle er verbannt und unter Aufsicht des Völkerbundes gestellt werden.

71 deutsche Offiziere auf der Liste.

Der parlamentarische Korrespondent der „Times“ schreibt: Die britische Admiralität hat eine Liste von 71 deutschen Marine- oder anderen Offizieren, darunter viele Unterseebootskommandanten, eingereicht, die besonders barbarischer Taten beschuldigt werden. U. a. wird ihnen das Bombardieren offener Hafenstädte an der englischen Küste und das Legen von Minen unter ungesetzlichen Umständen vorgeworfen. Einige der auf der Liste genannten Personen befinden sich augenblicklich in den Händen der Engländer. Alle alliierten Regierungen haben eine eigene Liste von Personen, die ausgeliefert werden müssen, aufgestellt. Die vollständige Liste wird der deutschen Regierung innerhalb eines Monats nach Inkrafttreten des Friedensvertrages mitgeteilt werden.

Die Auslieferung Helfferichs gefordert.

Wie die „Times“ aus Paris berichtet, enthält die Liste der deutschen Persönlichkeiten, deren Stellung vor einen internationalen Gerichtshof von der Entente gefordert wird, 167 Namen. Unter ihnen befindet sich der frühere Vizekanzler Helfferich, sowie der ehemalige Statthalter von Elsaß-Lothringen.

Hindenburg an Foch.

Offener und handschriftlicher Brief des Generalfeldmarschalls von Hindenburg an den Marschall Foch:

Großes Hauptquartier, Kolberg, 3. Juli 1919.

Herr Marschall! Der Krieg ist beendet! Das deutsche Volk ist entschlossen, die schweren Bedingungen, die ihm durch den Frieden auferlegt worden sind, auf sich zu nehmen. Auch die Armee, an der Spitze ihre Offiziere, ist bereit, für die ehrliche Erfüllung des Friedens jedes, auch das härteste, persönliche Opfer zu bringen, sofern ihre Ehre hierbei nicht Schaden leidet. Allein ein Soldat, der nicht für seinen Obersten Kriegsherrn eintritt, dem er Mannestreue geschworen hat — ein solcher Soldat wäre dieses Ehrennamens nicht wert. Solange echte, soldatische Ehre auf der Welt noch etwas gilt, werden Feind und Freund diese Auffassung achten. Auch dieser Krieg hat trotz der Härte, mit der er geführt werden mußte, auf beiden Seiten Beispiele hohen sittlichen soldatischen Denkens und Empfindens gezeitigt — Beispiele, die beweisen, daß die allen Kulturvölkern gemeinsamen soldatischen Ehrbegriffe nicht erstorben sind. Als dienstältester Soldat und zeitweise erster militärischer Berater meines Kaisers und Königs halte ich es für meine Pflicht, im Namen der alten deutschen Armee an Sie, Herr Generalissimus, als den Obersten Vertreter der Heere der alliierten und assoziierten Mächte, diese Zeilen zu richten und Sie zu bitten, dafür einzutreten, daß von der Forderung der Auslieferung Sr. Majestät des Kaisers Abstand genommen wird. Als höchster Führer einer Armee, die Jahrhunderte hindurch die Tradition echter, soldatischer Ehre und ritterlicher Gesinnung als kostbarstes Gut gepflegt hat, werden Sie unsere Auffassungen zu würdigen wissen. Um diese schimpflichste Erniedrigung von unserem Volke und unserer Armee fernzuhalten, bin ich bereit, jedes Opfer zu bringen. An Stelle meines kaiserlichen und königlichen Kriegsherrn stelle ich mich daher hiermit den alliierten und assoziierten Mächten mit meiner Person voll und ganz zur Verfügung.

SLUB
Wir führen Wissen.

Zum Wiederaufbau des Friedens.

[illegible]

Nach einer Pariser Zusammenfassung aus London behauptet die „Times" [illegible] daß der „Daily News" daß der [illegible] Sachlage [illegible] als [illegible] Gegenbehauptung abgetreten sei. Sein Schluß erregt in den amerikanischen Kreisen Aufsehen. Nach Lloyd George, der jetzt nach London zurückkehrt, erscheint mit dem Präsidenten Wilson beinahe [illegible] Stärkeren noch nicht wieder an den Friedensverhandlungen teilnehmen.

Der Kampf um den Rheinischen Kohlenbecken.

Aus Paris wird drahtlos gemeldet: Noch bei der heutigen Rheinischen Kohlenkommission mitgeteilt, daß die interalliierte Kommission [illegible] in Köln ihren Sitz haben werde, und daß er Düsseldorf als Aufenthaltsort der deutschen Kommission vorschlage.

Amerikanische Truppen bleiben am Rhein.

In einer Unterredung erklärte General Pershing, daß amerikanischer Truppen während der ganzen Besetzungszeit auf dem linken Rheinufer zurückbleiben werden. Bei gutem Willen zur Durchführung des Friedens [illegible], dann werde die Anzahl der Mannschaften beschränkt werden, jedoch nicht weniger als 5000 bis 6000 Mann betragen. Im demselben Verhältnis werde auch England seine Truppen von dem Kölner Brückenkopf vermindern.

Der Papst für Aufhebung der Blockade.

Der Papst hat in einem geheimen Konsistorium mitgeteilt, daß es der Kurie dank der Entsendung eines hervorragenden Prälaten gelungen sei, auf der Pariser Konferenz das Fortbestehen der katholischen Missionen zu erreichen. Er appelliere dann weiter an die Konferenz in zwei Fragen, die die ganze Menschheit berührten, nämlich die Aufhebung der Blockade und die Heimschaffung der Kriegsgefangenen mit folgenden warmherzigen Worten: Da nun die Feindseligkeiten endlich beendigt werden, flehen wir inständig für unsere Bitte; und wir geben dem Wunsche Ausdruck, daß die maritime Blockade, der zufolge soviele Unglückliche hungern müssen, aufgegeben werde, daß diejenigen, die sich noch in Kriegsgefangenschaft befinden, endlich befreit werden, und daß die Menschen und die Völker, die sich bis jetzt als Feinde gegenüberstanden, sich von neuem mit den Banden der brüderlichen Liebe verbinden. Diese zu verkünden, werden wir nicht aufhören, da ohne diese der Friedensvertrag nutzlos wäre.

Saloniki Freihafen.

Nach der Mitteilung der halboffiziösen rumänischen Nachrichten-Agentur besteht seitens der interessierten Mächte die Absicht, Saloniki zum Freihafen zu erklären.

Amerikanisch-rumänische Anleihegeschäfte.

Wie aus Paris berichtet wird, hat die rumänische Friedensdelegation mit den Vertretern der Vereinigten Staaten in Paris ein finanzielles Abkommen getroffen. Danach erhält Rumänien eine Anleihe, die zur Bezahlung seiner Lebensmittellieferungen dient und die in Raten von fünf Millionen Dollar unpunktlich zur Auszahlung gelangt. Weiterhin hat ein belgisches Bankkonsortium der rumänischen Regierung einen Kredit von fünfundzwanzig Millionen Franken für Wiederaufbauzwecke zur Verfügung gestellt.

Die Entschuldigung wegen des Zwischenfalls in Spaa.

Der Vorsitzende der belgischen Mission in Spaa, General Delobbe, hat am 4. Juli an General Freiherrn v. Hammerstein folgende Note gerichtet:

„Im Verfolg Ihrer Note vom 2. Juli beehre ich mich, Ihnen Abschrift des Berichtes zukommen zu lassen, den der Gendarmerie-Hauptmann Dumont erstattet hat hinsichtlich des Inhalts der Noten, die Sie infolge der Zwischenfälle vom 30. Juni abgefaßt haben und deren Inhalt ich ihm mitgeteilt hatte. Um diese Zwischenfälle zu beurteilen, muß ich mich an den Wortlaut dieses Berichtes halten, der von einem Offizier erstattet ist, dessen Bemühungen und guten Willen Sie anerkannt haben, wie dies am 30. Juni durch zwei Ihrer Offiziere (Major Brinkmann und Hauptmann Bucher) geschehen ist. Der Bericht des Gendarmerie-Hauptmanns Dumont legt den Zwischenfällen bei weitem nicht die schwerwiegende Bedeutung bei, die Sie ihnen zuschreiben. Die Volksmenge, die sie verursachte, war nicht feindselig gesinnt, sondern nur durch eine Kundgebung angeregt, die meines Erachtens die allein zuständige Gemeindebehörde hätte verhindern müssen. Wie dem auch sei und wie geringfügig auch die Vorfälle gewesen sein mögen, ich kann nur der Ansicht des Vorsitzenden der Interalliierten Waffenstillstandskommission beitreten, daß die Zwischenfälle in höchstem Grade bedauerlich sind. Ich werde meinerseits ebenfalls dafür sorgen, daß der Polizeichef von Spaa künftighin wirksamere Ordnungsmaßnahmen treffe. Die Aufforderung, die Sie an mich richteten, wird der zuständigen Ortsbehörde übermittelt werden, die beurteilen wird, was in dieser Sache zu geschehen hat."

Selbständigkeitsbestrebungen.

Republik Rheinpfalz und Rheinland.

Nach Blättermeldungen aus Mainz sind in der Rheinpfalz und im Rheinlande, insbesondere in Ebenkoben, Landau, Wiesbaden und Mainz erneut hochverräterische Umtriebe festgestellt worden. Neue Putsche zur Ausrufung einer Republik Rheinpfalz und Rheinland seien geplant. Die Franzosen benutzen zur Erreichung ihrer Ziele eifrig ihren Werbefonds. Aber die Bevölkerung sei entschlossen, jedem gewaltsamen Versuch, der auf Lösung der Rheinlande und der Pfalz von Deutschland abzielte, mit allen Mitteln zu begegnen. Der Ebenkobener Vertreter der „Daily Mail" telegraphiert, daß eine neue deutsche Republik, bestehend aus der Rheinprovinz, Hessen, Hessen-Darmstadt und der Rheinpfalz mit dem Regierungssitze in Darmstadt im Entstehen begriffen sei. Der frühere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete für Hessen-Darmstadt, Ulrich, solle Präsident der neuen Republik werden, die eine deutsche Bundesrepublik sein solle.

Hannover will nicht zu England.

Die deutsch-hannoversche Partei erläßt ein Manifest an die Mitglieder der Nationalversammlung, in welchem auf das allerschärfste gegen die Vergewaltigung protestiert wird, daß sie mit englischer Hilfe eine Restitution Hannovers zum Ziele anstrebe. Sie erklärt, noch nie war der Wunsch zu hören, daß sie erfolgte, sei lediglich die treue Denkweise im freien Deutschen Reich.

Frdl. Zimmerstelle für Mädchen frei. Weber, Schulstr. 11, part.

Möbl. Zimmer wird von beff. Fräulein für sofort zu mieten gesucht. Offerten [illegible]

Gut möbl. Schlafstelle, Nähe [illegible], Bismarckstr. 44, 1.

Junger Herr sucht ab 1. August möbl. Zimmer [illegible]

4—5000 Mark sofort gesucht. [illegible]

Witwe, [illegible], 31 Jahre alt, wünscht die Bekanntschaft eines jüngeren Mädchens oder Witwe bis 30 Jahre, möglichst vom Lande, zwecks spätterer

Heirat.

Offerten mit Bild unter [illegible] a. d. Tagebl. Riesa.

Wegen Erkrankung d. jetz. für 1. August tüchtiges und zuverlässiges, jüngeres

Dienstmädchen gesucht.

Rathe, Scheiferstr. Franke.

Tüchtiges Dienstmädchen für sofort gesucht.

Otto Grube, Kaiser Wilhelmplatz 2.

Suche für 15. Juli ein anständiges, sauberes

Dienstmädchen

bis zu 20 Jahren.

Frau Margarethe Siebert, Kais.-Franz-Jos.-Str. 15.

Für feine Kürschnerei suche junges Mädchen.

Otto Margenberg.

Aufwartung für nachm. gesucht.

Frau Martha Opel, Wettinerstr. 2.

Gesucht für sof. eine saub.

Aufwartung.

Zu erfr. im Tagebl. Riesa.

Sauberes zuverlässiges jüngeres Mädchen als

Aufwartung

von früh 7—8 Uhr nachm. gesucht.

Frau Opel, in Firma Franz Heinrich & Co., Bismarckstr. 11.

Suche zuverlässiges, kräftiges

Hausmädchen

Mit Zeugnissen zu melden bei Frau Baumeister Zincker, Kötzschenbr. Str. 24, 1.

Gut empfohlenes

Hausmädchen od. einf. Stütze

für bald gesucht.

Angebote unter Y N 2098 an das Tageblatt Riesa.

Arbeitsames jüngeres

Hausmädchen gesucht.

Gärtnerei Stark.

Zuverlässiges

Hausmädchen

in Privathaushalt nach Dresden ges. Lohn 40 M. Näheres Strehlen a. d. E., „Gasthof zum Schützen" abends 1/8 Uhr.

Weg. Verheiratung meines Mädchens suche ich für 1. Aug. ein frdl. Mädchen als

einfache Stütze.

Behandlung sehr gut. Werte Offerten an Frau Fabrikbes. Böhm, Chemnitz, Bremenstraße 48, 1.

2 Arbeiterinnen werden angenommen. Gummiwarenfabrik Re.

Unabhängige tüchtige Person, welche sich als

Vorarbeiterin

für Wäschereibetrieb eignet, in bauernde Stellung gesucht. Nur gut empfohlene Bewerberinnen wollen ihre Bewerbungen unter Y Z 2097 an das Tagebl. Riesa richten.

Suche für 1. August einen

Pferdejungen

von ca. 16 Jahren.

[illegible], Rathenaustr. 11.

Warnung.

[illegible]

Versteigerung.

Freitag, den 11. Juli, von vormittags 9 Uhr ab kommen im Thomas'schen Grundstücke, Hauptstraße Nr. 16 in Riesa die aus einem Nachlasse herrührenden Gegenstände, als: 1 Bettstelle mit Matratze, Waschkommode, Kleiderschränke, Tische, Stühle, Waschtisch, [illegible], 1 Spiegelschrank, 1 Handkoffer, Bettwäsche, [illegible], Gebrauchsgegenstände, 1 Schaukelstuhl, 1 Waschkessel, Hacken, Schaufeln, Spaten, Schrotleitern, sonstiges Haus-, Hof- und Küchengeräte, Stiefel, sowie Männer- und Frauenkleidungsstücke usw. zur Versteigerung.

J. V. Pietschmann.

Sielengeschirre

aus Ia Ia bestem Leder, komplett mit Zaum und Doppelleine

Ia Kummete

aus Ia Leder mit bester Roßhaarpolsterung, verstellbar.

Sehr billig verkäuflich Mittwoch und Donnerstag.

Ausstellung:

Wettiner Hof Riesa.

Alfred Matzwirth.

Achtung! Schlachtpferde!

sucht jederzeit zu kaufen. Bei Notschlachten schnellst. zur Stelle. Gern. Transporte.

Albert Mehlhorn, Gröba.

Telephon Riesa Nr. 685.

Hals- u. Lungenleiden

aller Art, wie Husten, [illegible] Verschleimung, Auswurf,

Rotolin-Pillen

in jahrelanger Praxis — vorzügliche Erfolge.

Plotz & Co., Berlin SW. 68.

Die Gefahren der Flitterwochen!

Ein Ratgeber für junge Mädchen und Männer von Dr. A. Müller. Aus dem Inhalt: Erziehung und Ehe. — Bedeutung des Geschlechtstriebes. — Entwicklung des Geschlechts. — Schutz und Ansteckung. — Vorehelicher Geschlechtsverkehr. — Brautstand und Heiratsalter. — Gefahren der Brautzeit. — Die Syphilis. — Mann und Weib in der Brautnacht. — Temperament der Frau. — Heiße u. kalte Frauen. — Die weiblichen Geschlechtsorgane usw. 2,70 Mark gegen Voreinsendung (kein Geld im Brief!) Nachnahme 25 Pfg. mehr. Roxa-Verlag, Charlottenburg 2, Postfach 672.

1 Junge

wird zum Wegelaufen und Hausarbeit gesucht.

Gasthof gute Quelle.

Tüchtige selbständige

Person in Kellereibetrieb,

welche sich zum Vorarbeiter eignet, in dauernde Stellung gesucht. Arbeitseinteilungsvermögen und gute Anpassungsfähigkeiten sind Vorbedingung. Personen, welche sich für diesen Posten geeignet glauben und gut empfohlen sind, wollen ihre schriftliche Bewerbung unter Y L 2095 an das Tagebl. Riesa einreichen.

Arbeiter

werden angenommen.

Eisenwerk Riesa.

Tüchtigen

Schuhmachergehilfen

sucht Karl Wischerhold, Hauptstr. 3.

Zuverlässig selbständig arbeitende Person für Mineralwasserfabrik als

1. Ausfahrer

und alle vorkommenden Arbeiten gesucht. Dieselbe muß per eigenen Wagen guter Empfehlungen sein. Nur gut empfohlene Bewerber wollen ihre Bewerbungen einreichen unter Y O 2096 an das Tagebl. Riesa.

Unterverkäufer

in Stadtbäckerei, Stimmgabel und Schlachtgelegenheit wird gesucht. Gef. u. Y P 2097 an das Tagebl. Riesa erbeten.

Jüngerer

Bäckergeselle

ab 14. Juli gesucht

Mühle Grödel.

Einfaches

Gartengrundstück

am Ort od. Umgebung, mit 8—9 Wohnräumen, gut heiz- und beleuchtbar, Nähe der Bahn, zu kaufen oder auf mehrere Jahre zu mieten gesucht. Angebote mit Preis erbeten an „Geer", Hartha, Post Hintergersdorf, Lindenstraße 72.

Wach- oder Zugbund.

Verkaufe 6 Monate alte gelbgelbe Dogge.

Müller, Promnitz.

Schlachtpferde

sucht zu kaufen Oskar Stein, Roßschlächter, Telefon 266.

Gute Legehühner,

gelbe und schwarze, reinrassige Italiener zu verkauf. Zu erfr. im Tagebl. Riesa.

Hühner m. Kücken,

Entenküken und gute Legehühner verkauft Feldstr. 20.

1 junge neumelkende Ziege steht zu verkaufen

Mahlewitz Nr. 11.

Eleg. Damen-Sommerhut, modern, billig zu verkaufen.

Zu erfr. im Tagebl. Riesa.

Regenpelerine

u. 2 Trikothemden zu verk. Kaiser-Wilhelm-Str. 11, 3.

Kaber, Sammerad ohne Verzinsung zu kaufen gesucht. Angebote unt. A B 15 postlagernd Langenberg.

Sämtliche,

[illegible]

Zentral-Drogerie Oskar Förster.

Brikettausgabe

Riesa-Land

Dienstag, d. 8. 7. von 7 bis 12 Uhr Rückstände für Juni.

Gem. Kontorch.

Strohseile,

8-10 Schock, kauft

G. Moritz Förster.

Fichtenstangen

in allen Größen empfiehlt

Döllscher,

am Schlachthof, Fernspr. 532.

Dachpappen

frisch eingetroffen u. hat abzg.

Oskar Geyer,

Ziegeldeckermeister,

Poppitzer Str. 31.

Fa. Hemdentuch,

ff. Qual., auch zu Blusen, Kleidchen und Unterröcken passend, hellgrau m. bunten Schnörchen, 80 cm br., à m 7 M. (Muster 50 Pf. i. Briefm.) verk. Kurt Vogel, Hohenstein-Er., Pfarrhain 23.

Leitern in allen Größen

Ausziehleitern

Doppelleitern, Treppenleitern, Malerleitern empfiehlt

Döllscher,

am Schlachthof. Fernspr. 532.

Jede Dame ist entzückt

durch den Erfolg meines

Wagnerol!

Das unentbehrliche, konkurrenzlose Mittel, mit dem jede Dame ihren defekten Haarschmuck selbst revariert!

Flasche Mark 1.50, Nachn. extra.

Vom alleinigen Fabrikanten zu beziehen:

Carl Wagner,

Dresden-A., Gr. Brüdergasse 3.

Wiederverkäufer allerorts gesucht!

Zigaretten

(kein Buchenlaub), Band „F", Mille Mk. 150.— von 1 Mille an geben ab Steiger & Staar, Versandhaus, Hof i. B. Postscheckkonto: Nürnberg Nr. 13989.

Zigaretten

handeroll., 50 % Tabak, 55 u. 65 M. pro 1000 ob. M. Probetausend per Nachnahme.

Westphal,

Oranienburg, Mark, Bernauerstr. 15a.

Spinatsamen,

Viktoria,

beste Sorte für Sommeraussaat, hochkeimfähige, prima Ware, 50 Kg. Mk. 160.— empfiehlt ab unserm Lager Gröba/Riesa. Sächs. Saatzucht-Ges. Dresden-N. 6, Königsbrücker Straße 24.

1 Bettstelle

mit Matratze, 1 Kanonofen mit Rohren, 1 Nähmaschine (Gebel & Naumann), 1 Regulator, 1 Zinkbadewanne (Wellenbadschaukel), 1 Regenmantel für Schiffer, 2 Anzüge mit weißer Weste preiswert zu verkaufen

Röhrenbrücke Nr. 43.

Unterhaltener Kinderwagen billig zu verkaufen. Zu erfr. im Tagebl. Riesa.

Holz und Kohlen

zu [illegible] Str. 12.